

Die Sorge um die soziale Einheit Deutschlands, die kriegerischen Auseinandersetzungen mitten in Europa und der wachsende Rechtsradikalismus prägten die Eröff-



nungsrede von Klaus Zwickel auf dem 17. ordentlichen Gewerkschaftstag in Hamburg. Vor den 770 Delegierten und über 2000 Gästen aus dem In- und Ausland forderte der Zweite Vorsitzende der IG Metall einen Solidarpakt aller Demokraten, um in einer Zeit schärfster wirtschaftlicher und politischer Gegensätze die 90er Jahre zu bestehen.

Zwickels besonderer Gruß galt den 240 Delegierten aus den neuen Bundesländern, die zum erstenmal nach der Wiedervereinigung an einem Gewerkschaftstag teilnahmen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in der ehemaligen DDR, haben das fast unmöglich Geglaupte möglich gemacht. Nach über 40jähriger Trennung sind wir nun nicht nur in einem Staat, sondern in einer Organisation, in unserer IG Metall vereint“, sagte Zwickel.

Die Menschen im Osten erlebten derzeit „mit aller Wucht die Gnadenlosigkeit der einfachen Gewinnrechnung“, sie verzweifelten angesichts der millionenfachen Arbeitslosigkeit und flächendeckender Deindustrialisierung, aber, so Zwickel: „Unsere Erfahrungen aus dem Westen der Bundesrepublik lehren uns, daß durch Einigkeit und Entschlossenheit im Handeln einst verweigerte Rechte und soziale Sicherungen errungen werden konnten.“

Die Bundesregierung habe versäumt, sagte Zwickel, rechtzeitig und umfassend der politischen



Ricardo Diez-Hochleitner: Für ein weltweites Umsteuern

Einigung eine soziale und wirtschaftliche Perspektive zu geben. Die IG Metall sei weiter zum Dialog bereit und habe Vorstellungen und Vorschläge für die soziale Einigung vorgelegt – ohne große Resonanz. „Und jetzt sollen wir einen Solidarpakt akzeptieren, ohne ihn aktiv mitgestalten zu können?“ fragte Zwickel die „hier anwesenden Damen und Herren der Bundesregierung, der Bundestagsfraktionen und der Parteien.“

Er hoffe, daß sie der IG Metall in Hamburg nicht nur einen Höflichkeitsbesuch abstatteten.

Zur innenpolitischen Krise der Bundesrepublik erklärte Zwickel unmißverständlich: Die IG Metall werde dafür sorgen, „daß politisch Verfolgte bei uns weiterhin eine Zuflucht finden können. Wir fordern daher die uneingeschränkte Erhaltung des politischen Asylrechts.“

Globale Partnerschaft

Mit ehrenden Worten gedachte Zwickel des verstorbenen Willy Brandt, dessen Platz in der ersten Reihe ein Blumenstrauß schmückte. „Er war für viele von uns ein Vorbild. Sein Vermächtnis bleibt unsere Aufgabe. Seine Ratschläge haben in schwerer Zeit viel Gutes bewirkt. Ihn über viele Jahre eng an unserer Seite gehabt zu haben, das gibt uns Kraft über den Tag hinaus.“

Auch der Gastredner des Gewerkschaftstages und Präsident des Club of Rome, Ricardo Diez-Hochleitner, würdigte Willy Brandt als einen „beispielgeben-



Die Eröffnungsfeier im Blickpunkt der Medien

den Weltbürger“. Er sprach sich für eine globale Partnerschaft und solidarische Steuerung der Wirtschaft aus und warnte davor, die Lehrsätze der Marktwirtschaft als das „universale goldene Kalb“ zu betrachten.

Mit dem gegenwärtigen, maßgeblichen wirtschaftlichen Systembewege sich die Menschheit „auf den Zusammenbruch hin“. Angesichts dieser drohenden Katastrophe müßten alle, Arbeitnehmer und Unternehmer, Politiker und Forscher, Männer und Frauen, junge und alte Leute für ein weltweites Umsteuern sorgen.

Globale Verschmutzung

Im Laufe des 20. Jahrhunderts habe sich die Belastung der Biosphäre durch den Menschen ver-

Solidarisches



Alle Fotos vom Gewerkschaftstipolog, Werner Bochmeier

Metall hat durch ihre Bedeutung, Autorität und Einschlagskraft eine unentrinnbare Führungsstelle vor sich, die die Grenzen Deutschlands übersteigen möge"

vierzigfach, sagte Diez-Hochleitner. Und wenn alle Länder der Welt das gleiche Konsumniveau wie das der Industriestaaten erreichen wollten, würden rund zweihundertmal mehr Ressourcen und zehnmals mehr Brennstoffe verbraucht.

Der Präsident lobte das „beneidenswerte Beispiel“ der deutschen Mitbestimmung. Dennoch sei sie „noch weit von der unumgänglichen Ausübung einer umfassenden und reellen Solidarität und Partnerschaft entfernt“. Die Führungskräfte der Politik und Verwaltung, der Unternehmen und auch der Gewerkschaften würden immer noch vermeiden, sich zu dem wahren Ausmaß der globalen Verschmutzung zu äußern und die notwendige Mitverantwortung mitzutragen. Die Armut bezeich-



Tänzer auf dem Eröffnungsfest: „Land in Sicht“

nete Diez-Hochleitner als „die schlimmste aller Verseuchungen“. Daher sei es unumgänglich, bei der Bekämpfung der Ursachen für die Unterentwicklung Hilfestellung zu leisten und die bestehenden demographischen Gefälle auszugleichen.

Dringender Wandel

Die Unternehmer forderte der Präsident auf, ein neues Verständnis für die Benutzbarkeit der Erde zu entwickeln. Das Management des privaten Unternehmens benötige einen dringenden Wandel seiner bisherigen Vorstellungen, „damit die Folgen seines Handelns in einem sozialen, kulturellen und ökologischen Sinne über das unmittelbare Wirkungsfeld hinausgehen und mit erneuerten ethi-

schen Werten durchdrungen werden“.

Dieser anspruchsvollen Aufgaben hätten sich die Gewerkschaften durch Herkunft und Geschichte schon zum Teil angenommen. Dennoch müssten so bald wie möglich die noch bestehenden lokalen, sektoriellen oder Forderungsschranken durchbrochen werden, um den sozialen Dialog auf allen Ebenen zu fördern.

„Die IG Metall hat dabei durch ihre Verbreitung, Bedeutung, Autorität und Einschlagskraft eine unentrinnbare Führungsstelle vor sich, die die Grenzen Deutschlands übersteigen möge“, schloß der Präsident des Club of Rome.

Mit dem Musical „Land in Sicht“, serviert vom „Schnellen Chor Hamburg“, klang der Eröffnungstag aus.

Franz Steinkühler



Scharfe Kritik übte der Erste Vorsitzende in seinem Geschäftsbericht an der Bundesregierung. Ihre wirtschaftliche und politische Konzeptionslosigkeit hätten, die Kluft zwischen Ost und West vertieft und die Gräben zwischen Oben und Unten tiefer gezogen.

Steinkühler erinnerte an die Vorschläge, die die IG Metall schon gemacht habe, „als andere noch die Legende vom autonomen Aufschwung verbreiteten“. Die Konzepte, mit denen die IG Metall Arbeitsplätze sichern und moderne Wirtschaftsstandorte im Osten schaffen will, dürften „nicht länger an der ideologischen Verblendung der Marktradikalen und der politischen Borniertheit der Berliner Mammutbehörde (Treuhand) scheitern“.

Unter großem Beifall stellte Steinkühler unmißverständlich klar, daß die IG Metall an den Tarifvereinbarungen zur stufenweisen Einkommensangleichung der Ost- an die Westlöhne nicht rütteln lasse.

Einen Solidarpakt werde es mit der IG Metall solange nicht geben, wie die Bundesregierung ihre Angriffe auf die Tarifautonomie, ihre Eingriffe in die Tarifverträge und die verfassungswidrigen Tariföffnungsklauseln nicht aus ihrem Katalog streiche.

Die IG Metall werde kompromißlos gegen den Rechtsradikalismus streiten und stehe zu dem Grundgesetzartikel: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Klaus Zwickel



Der Aufbau der Gewerkschaftseinheit im vereinigten Deutschland stellte die IG Metall in den vergangenen Jahren vor besondere Herausforderungen. „Trotz organisatorischer Pannen und Mängel“, so der Zweite Vorsitzende Klaus Zwickel in seinem mündlichen Geschäftsbericht, sei diese Aufgabe „alles in allem gut und erfolgreich verlaufen“.

Jetzt komme es darauf an, die noch vorhandenen Gräben zu überwinden. Allen Plänen, die Ost-Tarifverträge durch Öffnungsklauseln zu unterlaufen, erteilte er eine Absage.

In der Tarifpolitik hob der Zweite Vorsitzende die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche hervor. Auch im Metallhandwerk konnten hier wichtige Fortschritte erzielt werden. Bei den Monteuren wurde der erste gemeinsam erstrittene Tarifvertrag für Ost und West durchgesetzt. Zwickel: „Darauf können wir stolz sein.“ Die von der konservativen Koalition von Kabinett und Kapital gewollte tarifpolitische Wende sei nur von den Metallerinnen und Metallern in Ost und West gemeinsam abzuwehren.

Jetzt müßten sich die Arbeitnehmer auf verschärfte verteilungspolitische Auseinandersetzungen einstellen. Mit der „Tarifreform 2000“ habe die IG Metall unterstrichen, daß die Erwerbsarbeit der Zukunft einen neuen Gestaltungsrahmen brauche. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik müsse weiterhin zur Verbesserung der Einkommen, zur Gestaltung der Arbeit und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Werner Schreiber



„Finanzkraft ist Kampfkraft“, – dieser Satz zog sich wie ein roter Faden durch den mündlichen Geschäftsbericht des Hauptkassierers der IG Metall, Werner Schreiber. Daß es mit der Kampfkraft nicht schlecht bestellt sein kann, machte seine Bilanz deutlich: Während der letzten drei Jahre hätten sich die Mitgliedsbeiträge erhöht, die Finanzverwaltung sei professionalisiert worden, Ausgaben wurden begrenzt, auch wenn manche Maßnahme nicht unumstritten gewesen wäre.

„Wir haben den Verwaltungsstellen kosten- und zeitsparende Angebote gemacht; unsere Marktstellung als Nachfrager haben wir gebündelt.“ Damit seien auch die materiellen Voraussetzungen für die Neuaufnahme von mehr als einer Million Mitglieder aus den neuen Bundesländern geschaffen worden.

Das Finanzmanagement wolle er weiter modernisieren. „Und hier kommt es mir vor allem auf Ko-

stentransparenz an“. Dazu bedürfe es einer funktionierenden Budgetierung.

Schreiber betonte, daß es ihm nicht um absolutistische Entscheidungen gehe, vielmehr müsse die Finanzwirtschaft der IG Metall weiter dezentralisiert werden. Sein Ziel: „allseits kräftige und selbstbewußte Verwaltungsstellen, starke örtliche Einheiten“.

Gudrun Hamacher



Menschen zu überzeugen, Mitglied in „unserer Organisation zu werden oder auch zu bleiben“ und so die IG Metall zu stärken, das sei das Ziel der Werbearbeit der IG Metall, erklärte Gudrun Hamacher in ihrem mündlichen Geschäftsbericht.

Einerseits suche die Werbung nach Darstellungsformen, die den Sehgewohnheiten der Umworbenen entspräche, ohne dabei das eigene Profil zu verlieren. Andererseits solle Einheitlichkeit nicht die Kreativität der Betriebe und Verwaltungsstellen ersticken.

Genau diese Kreativität wolle die Kulturarbeit der IG Metall zu frischem Leben erwecken. Sie sei zwar kein „Allheilmittel“, wolle aber einen Beitrag leisten „zur Orientierung für den einzelnen sowie gegen den Verfall politischer Kultur in unserem Lande, für tragende Werte unserer Demokratie, gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit“, sagte Hamacher. Kulturarbeit könne auch das Zusammenwachsen von Ost und West fördern.

„Zusammenwachsen muß auch die gewerkschaftliche Frauenarbeit“. Die Frauen in den neuen Bundesländern seien Verliererinnen der Einheit. Deshalb müsse die IG Metall ihre struktur- und beschäftigungspolitischen Konzepte um Frauenförderung erweitern.

An die Adresse der Politiker gewandt plädierte sie für einen „finanzpolitischen Runden Kindertisch“, um endlich das herzustellen, was zum sozialen Mindeststandard von Industriegesellschaften gehörte: ausreichend außerfamiliäre Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Gemeinsam engagierten sich Frauen in Ost und West für angemessene Entlohnung ihrer Arbeit und wehrten sich gegen Formen mittelbarer Diskriminierung.

Horst Klaus



Horst Klaus betonte in seinem letzten Geschäftsbericht das Leitmotiv seiner neunjährigen Arbeit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied: „Zentrales Handlungsfeld der IG Metall ist und bleibt der Betrieb.“ In den westlichen Ländern sei es bei der letzten Betriebsratswahl wiederum gelungen, in 91,5 Prozent der über 10000 Metall-Betriebe gewerkschaftlich organisierte Betriebsratsvorsitzende zu stellen. „Große Anerkennung“ zollte Klaus den neu gewählten Betriebsräten in den neuen Ländern, die innerhalb kürzester Zeit und unter völlig neuen Rechtsverhältnissen zu handlungsfähigen Interessenvertretungen herangereift seien. Sie hätten „dabei oft mehr und besseres geleistet, als alte ‚Leiter‘ und neue Treuhänder“, in dem diese Betriebsräte „unter den unvorstellbar schlechten Bedingungen versuchen, konzeptionelle Alternativen zu den Vorstellungen der Treuhand zu entwickeln und möglichst viele Arbeitsplätze zu retten“.

Gegen die politische Blockade der Mitbestimmungsregeln in der EG will die IG Metall sich verstärkt für die Gründung von Euro-Betriebsräten einsetzen.

Karin Benz-Overhage



„Gewerkschaftliche Jugendarbeit im Osten erfordert noch mehr Engagement, mehr Initiative, auch mehr Sensibilität im Umgang mit der Jugend als im Westen“, sagte Karin Benz-Overhage in ihrem Geschäftsbericht. „Stärker als im Westen war und ist es hier nötig, Jugendarbeit auch außerhalb der Betriebe zu verankern. Wie sollten wir sonst die jungen Arbeitslosen erreichen?“

Gemeinsam mit dem DGB habe die IG Metall in acht Städten Jugendtreffs eingerichtet, die Orte der Kommunikation, Beispiele für „Runde Tische der Jugendpolitik“ werden sollten. „Wir sollten der Jugend Raum und Anregungen geben, sich mit Brüchen, die sie erlebt

haben, auseinandersetzen zu können; sie ermutigen, ihre Identität selbst zu finden.“

Fast 70 Prozent der Gewalttäter von rechts seien zwischen 16 und 20 Jahre alt. Fast ein Drittel aller Jugendlichen soll – neuesten Studien zufolge – für ausländerfeindliche Parolen anfällig sein“, sagte Karin Benz-Overhage. „Die Welle der Gewalt gegen Fremde hat historische Wurzeln. Sie hat Ursachen in der Lebensgeschichte, der Psyche, in sozialer Verunsicherung.“

Siegfried Bleicher



„IGM: Ich gestalte mit“, so beschrieb Siegfried Bleicher in seinem mündlichen Geschäftsbericht die Grundidee eines gewerkschaftlichen Gestaltungskonzeptes in Industrie und Unternehmen.

Mit drei Leitbildern trete die IG Metall in der Diskussion um Lean production an: Das erste Leitbild der „Attraktiven Arbeit“ stelle den Menschen in den Mittelpunkt. Das zweite gehe von dem Grundsatz aus: „Technik muß Werkzeug für den Menschen sein“. Und zum dritten engagiere sich die IG Metall für ein „ökologisches Produzieren“. In der harten Praxis werde sich zeigen, daß dies geht.

Dieses Engagement spiegele sich in Beratungsnetzwerken, Industriekonferenzen, Arbeitskreisen für Technologiepolitik, in ganz konkreter Zusammenarbeit mit Betriebsräten wider.

Daß diese Kompetenz anerkannt wird, zeige sich nicht zuletzt in den Mitgliederzuwächsen im Angestelltenbereich der EDV-Branche, sagte Bleicher. Auch wenn das Gewinnen von Mitgliedern immer „einen langen Atem erfordere“. Den müßten alle aufbringen, denn: „Die zukünftige Rolle und das politische Gewicht der IG Metall wird wesentlich davon abhängen, ob wir mehr Angestellte gewinnen.“ Dazu gehöre auch, auf die immer differenzierter werdenden Anforderungen Antworten zu finden.

Hoffnung setzt Bleicher dabei auf die Diskussion um Organisationsreform: „Mehr Effektivität und weniger Reibungsverluste, mehr Hinwendung zur betrieblichen und örtlichen Arbeit und we-

niger Abgehobenheit, mehr Mitgliedernähe und Beteiligung und weniger Festhalten an alten Ritualen“, wünschte er sich.

Karlheinz Hiesinger

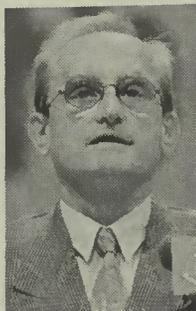


Bei der deutschen Einheit seien die „Chancen zur Reform des Bildungs- und Berufsbildungssystems leichtfertig vertan worden“. Es habe sich gezeigt, daß sich das – im Westen funktionierende – duale System nicht ohne weiteres auf den Osten der Republik übertragen ließe. Dies stellte Karlheinz Hiesinger in seinem mündlichen Geschäftsbericht zur Bildungspolitik fest.

Auch die Mängel des westdeutschen Bildungssystems seien auf den Osten übertragen worden, zum Beispiel die Tatsache, daß 15 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs ohne jede berufliche Ausbildung blieben.

Im Gegensatz zur staatlichen Bildungspolitik habe sich die IG Metall mit ihren Bildungsangeboten nach der Einheit flexibel gezeigt. Mit Improvisation und Konzepten aus dem Stegreif seien die Erfahrungen aus dem Westen im Osten vermittelt worden. Hiesinger: „Das war spannend. Und das war praktische Solidarität.“

Horst Schmitthenner



Auch nachdem den Gesundheitsreformwürfen „einige Giftzähne abgeschliffen“ wurden, bleiben die Bonner Pläne nach Auffassung von Horst Schmitthenner kritikwürdig. Die dringend notwendige „grundlegende Neuorientierung“, Krankheiten zu vermeiden und Krankheitsursachen zu beseitigen, bleibe wieder einmal aus.

Es könne nicht so weitergehen, daß Kollegen mit 55 Jahren gesundheitlich ruiniert aus dem Betrieb gedrängt werden und sich die Arbeitgeber die Verjüngung ihrer Belegschaften auch noch mit dem Griff in die Sozialkassen versilbern lassen.

Als Skandal bezeichnete Schmitthenner die Entscheidung der Bundesregierung, angesichts fünf Millionen arbeitsloser Menschen auch noch die ABM-Stellen zu kappen. Es müsse bei dem Grundsatz bleiben: Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Das sei auch bezahlbar, wenn die Bundesregierung aufhöre, immer nur bei Arbeitern und Angestellten abzukassieren, sondern die Lasten endlich gerecht verteile.

An die Delegierten stellte er die selbstkritische Frage: „Sind wir in der Lage, den Schub aus den eindrucksvollen Protesten gegen Karenztage im Sommer in eine kraftvolle soziale Bewegung im Herbst und im nächsten Jahr zu überführen?“ Seine Anmerkung dazu: „Wo die Organisation steht, da steht auch die Mitgliedschaft.“

Dieter Schulte



Aus Stahlwerken seien Gemischtwarenkonzerne mit Stahlaktivitäten geworden, die zu betreten ein Mehr an Zeit und Phantasie erfordere, sagte Dieter Schulte in seinem Bericht über den Stahlbereich. „Wir werden mit neuen Ideen – wie etwa einer Europäischen Stahlstiftung – dazu beitragen, den bisherigen Sanitätskasten zur Bewältigung von Stahlkrisen in einen Instrumentenkoffer für eine aufgabenorientierte Strukturpolitik umzufunktionieren.“

Mit der Stahlstiftung wolle die IG Metall Neues angehen: „Forschung, Innovation für den Umweltschutz, Einsatz neuer Technologien, Qualifizierung der Stahlbeschäftigten, Entwicklung struktur- und arbeitsmarktpolitischer Konzepte.“

Stahlprodukte seien konjunkturellen Ausschlägen besonders unterworfen. Aus Konjunkturkrisen dürften aber keine Beschäftigungskrisen werden. Zum einen müsse der Westen Osteuropa und der GUS massive industriepolitische Unterstützung leisten und mit geregelten Marktbeziehungen zu diesen Ländern den Stahlimport zu Dumpingpreisen verhindern. Zum anderen dürfe der Staat nicht die Vorruhestandsregelungen erschweren. „Soll etwa der Berufsoffizier, der vielleicht 30 Jahre lang die Wäschekammer einer Stand-

ortverwaltung befehligt hat, besser gestellt werden als unsere Kollegen, die gleichlang am Hochofen oder in Stahl- und Walzwerken ihre Knochen hingehalten haben?“

Erwin Vitt



Die Entwicklung im Metallhandwerk und die wachsende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland standen im Mittelpunkt des mündlichen Geschäftsberichts von Erwin Vitt.

Zum Stichtag 30. September waren in der IG Metall 139000 Mitglieder im Handwerk organisiert. „Noch nie waren es mehr“, sagte Vitt. Gewerkschaftsarbeit im Handwerk vollziehe sich im engen Schulterschuß mit den Kolleginnen und Kollegen der Industrie. Auf Handwerker sei immer Verlaß, wenn die IG Metall zum Protest aufrufe.

Gleichwohl liege auf tarifpolitischem Gebiet Licht und Schatten im Metallhandwerk dicht beieinander. Die Phase des wirtschaftlichen Booms im Handwerk sei in die Zeit gefallen, als die IG Metall durch Tarifverträge mit mehrjähriger Laufzeit an die Friedenspflicht gebunden war. Die Folge: Ein Lohndefizit von bis zu sieben Prozent im Vergleich zur Metallindustrie.

Vitt erinnerte an den enormen Anteil ausländischer Arbeitnehmer an der Wirtschaftskraft der Bundesrepublik. Sie erwirtschafteten neun Prozent des Bruttosozialproduktes mit einem Wert von rund 200 Milliarden Mark.

Deutschland sei ein Einwanderungsland, und die Deutschen profitierten davon, sagte Vitt. Unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen hätten nicht nur deshalb Anspruch auf solidarische Unterstützung.

Vitt sprach sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen aus und forderte, daß das 1990 beschlossene Ausländergesetz wieder aus der politischen Landschaft verschwinde.

Die wachsenden Rufe „Deutschland den Deutschen“ und „Ausländer raus“ würden immer lauter, sagte Vitt. Dieser erschreckenden und fatalen Entwicklung müsse die IG Metall konsequent entgegen treten.

„Uns eint die Sorge um Arbeitsplätze“

Mit großem Ernst angesichts der Berge von Problemen, und offen und kritisch wie immer, diskutierten 66 Delegierte über die Geschäftsberichte des Vorstandes. Es waren Lehrstunden für das gewerkschaftliche Zusammenwachsen von Ost und West. Weitere Schwerpunkte der Aussprache waren das Asylrecht, die Gewalttaten der Rechtsextremisten, die Verteidigung unserer Tarifverträge sowie die Möglichkeit eines Solidarpaktes.

Hans-Harald Gabbe, Finsterwalde: Nachdem die zweite und dritte Kündigungswelle durch ist und die Zwergbetriebe entstanden sind, gibt es für Betriebsräte im Osten eine ganz beschissene persönliche Situation. Sie müssen nämlich mit ihrer Familie in einem Ort spazierengehen, in dem ihnen in der Mehrzahl Menschen entgegenkommen, die möglicherweise mit ihren Sozialplänen aus den Betrieben hinausgeschafft worden sind und die deshalb jetzt auch umgekehrt fragen: Warum macht ihr erst jetzt, wo es an den Zwergbetrieb herangeht, Aktionen? Warum habt ihr das nicht in der ersten Welle gemacht?

Fritz Hofmann, Leverkusen: Es stimmt in Wirklichkeit nicht, daß die Mitglieder im Westen und im Osten so unterschiedliche oder gar entgegengesetzte Interessen hätten. Auch im Westen kämpfen wir um die Erhaltung von Zehntausenden bedrohter Arbeitsplätze. Jede Lohnerhöhung, die wir im Westen durchsetzen, kommt auch direkt den Kolleginnen und Kollegen im Osten zugute. Jeder Erfolg, der in irgendeiner Stadt in Deutschland erreicht wird, stärkt uns alle. Umgekehrt schadet uns jede Spaltung. Es kann doch nicht sein, daß ganze



66 Delegierte ergriffen in der Aussprache zu den mündlichen Geschäftsberichten des Vorstandes das Wort: Lehrstunden für das Zusammenwachsen

Landstriche industriell veröden. Und das nicht nur im Osten. Wir können doch nicht auf Dauer zusehen, wie eine ganze Generation von der Schule direkt in den Vorruhestand geschickt wird!

Werner Bäumler, Weilheim: Warum schlagen uns diese Leute genau jetzt einen „Solidarpakt“ vor? Weil sie mit ihrem Latein am Ende sind und sie unsere Hilfe brauchen. Welcher Politiker auch immer mit uns paktieren oder zusammenarbeiten will, muß als allererstes den Paragraphen 116 AFG wieder in seine ursprüngliche Fassung zurückbringen und unsere uneingeschränkte Streikfähigkeit wiederherstellen. Wenn wir ohne diese Voraussetzungen einen Pakt eingehen, laufen wir Gefahr, einen Pakt mit dem Teufel zu schließen.

Ines Richter, Chemnitz: In vielen Betrieben sind kaum noch Leute unter 30 Jahren zu finden. Viele Jugendliche sind bereits als Pendler zur Arbeit in den Westen abgewandert, aber die meisten würden liebend gern am Wohnort bei den Freunden und bei der Familie leben und arbeiten. Aber ich will hier nicht jammern, sondern auch positive Aspekte und Vorschläge einbringen. Als Jugendausschuß hatten wir zum Beispiel eine erfolgreiche Aktion gegen die Anhebung der Mietpreise im Lehrlingswohnheim. Außerdem beteiligten wir uns mit „Mut statt Helmut“ an Kundgebungen und Demonstrationen. Denn auch wir als junge Metallerrinnen und Metaller sind der Meinung, daß man nur gehört wird, wenn man seine Stimme erhebt.

Klaus Gerbsch, Berlin: Jeder weiß, in welchen bescheidenen Dimensionen sich das Arbeitslosengeld im Tarifgebiet II bewegt. Jeder weiß auch, wie sich die Lebenshaltungskosten entwickeln. Wir würden unsere Arbeitslosen und alle diejenigen, die es nach dem Willen der Treuhand noch werden sollen, betrüben, würden wir einer Öffnung der Tarifverträge folgen. Es kann nur bei unserer Position bleiben: Mit der IG Metall wird es keine Öffnung der Tarifverträge geben.

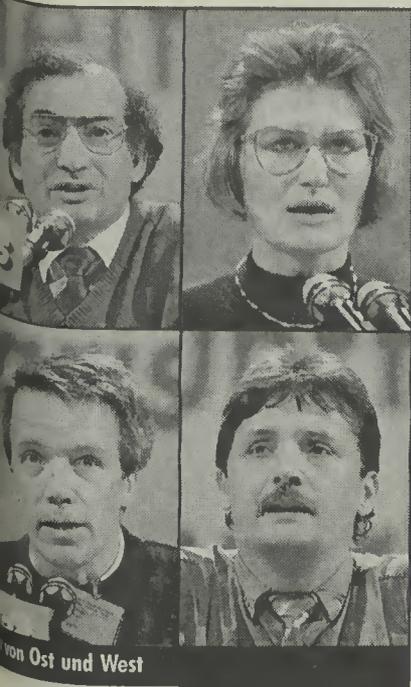
Otto König, Hattingen: Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe in Ostdeutschland und den sich abzeichnenden Strukturproblemen in Westdeutschland gewinnen unsere klassischen gewerkschaftlichen Schutzfunktionen wieder an Bedeutung. Der von den Koalitionsparteien vorgeschlagene Pakt der Vernunft zielt letztlich nur darauf ab, daß die Gewerkschaften ihre selbständige und solidarische Interessenvertretung aufgeben. Deshalb kann es und darf es keine gewerkschaftliche Strategie der Zugeständnisse zu Lasten der Arbeitnehmer in Ost und West geben.

Ghaouti Mimoune, Bruchsal: Was ist aus dieser Republik, die wir vor 30 Jahren kennengelernt haben, bloß geworden? Es gab Zeiten, wo ich dieses Land für seine Gesetzgebung bewunderte. Und heute? Brandstifter, die bewußt Menschenleben in Gefahr bringen, werden mit Beifall für ihre abscheulichen und barbarischen Taten begleitet. Es ist mir nicht gleichgültig, wie eine Gewerkschaft sich in einer für mich und meine Kinder le-

benswichtigen Frage verhält. Wo ist der Aufschrei der Gewerkschafter und Gewerkschaften und der demokratischen Kräfte geblieben, als das Ausländergesetz verschärft wurde? Wo ist die Entrüstung der Massen geblieben nach Hoyerswerda, Rostock, Ketzin und anderswo? Wir brauchen dauerhafte Aktivitäten, um uns vor physischen Angriffen rechtsradikaler Kräfte und verbalen Attacken à la Lummer und Stoiber erfolgreich zu schützen.

Nada Novogradec, Frankfurt: Meine Angst wächst. Ich fürchte mich vor Politikern, die die Lösung in einer Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes suchen; vor denen, die eine Visumpflicht für Menschen einführen wollen, die vor dem Tod fliehen, und die den Kriegsdeserteuren kein Asyl gewähren. Ich fordere den Vorstand der IG Metall auf, sich wie angekündigt uneingeschränkt für den Erhalt des Artikels 16 des Grundgesetzes bei der Bundesregierung einzusetzen, sich für das allgemeine Wahlrecht klar auszusprechen und alles zu tun, damit die Demokratie in Deutschland diesen Namen auch verdient.

Brigitte Ziegler, Berlin: Haben wir vergessen, daß vor nicht zu langer Zeit deutsche Flüchtlinge in Ungarn und anderswo Hilfe gesucht und gefunden haben? Man hat sie als hilfeschuchende Menschen aufgenommen und sie nicht mit Brandbomben beworfen. In Berlin und anderen Städten haben mehrere tausend Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit demonstriert. In Rostock waren wir 20 000 Men-



des Grundgesetzes zwecks Ausweitung des Auftrages der Bundeswehr. Wir dürfen nicht zulassen, daß deutsche Soldaten in naher Zukunft wieder irgendwo, weitab der Heimat, mit in Deutschland produzierten Waffen für das Kapital getötet und in Plastiksäcken nach Hause gebracht werden.

Wera Quoss, Oranienburg: Für Ostdeutschland ist der Kahlschlag der Betriebe fast erreicht. Wie lange es in den westlichen Betrieben dauert, ist nur eine Frage der Zeit.

Volker Scharfe, Halle: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen dafür zu danken, daß sie bereit waren, den Bundesmontagetarifvertrag zu kündigen, um ihn für den Geltungsbereich Ost zu verhandeln und wieder zuzumachen. Um so höher bewerte ich und bewerten wir das Ergebnis.

Hans-Jürgen Lindemann, Berlin: Erfreulich ist, daß bisher in der Debatte von Differenzen zwischen Ost- und West-Kolleginnen und -Kollegen nichts zu spüren ist. Uns vereint die Sorge um unsere Arbeitsplätze, um eine sozial gerechte, friedliche, haßfreie Lebens- und Arbeitsperspektive.

Ralf Lindner, Dresden: In der Verwaltungsstelle Dresden sind in den letzten drei Jahren von 73 000 Arbeitsplätzen 60 000 in den 40 größten Unternehmen vernichtet worden. An Betriebsbesetzungen hat man sich im Osten schon gewöhnt. Da haben zahlreiche Belegschaften in Ostdeutschland einen Mut bewiesen, wie ich es nicht vermutet hätte. Und ich kann versichern: Wir können noch eins draufsetzen. Es ist eine Lüge unseres Wirtschaftsministers, wenn er behauptet, die Tarife bedrohten die Betriebe. Es sind fehlende Aufträge und es sind die Altschulden, die uns zu schaffen machen.

Jürgen Kerner, Augsburg: Auch IG Metall-Mitglieder wählen rechts, und auch ansonsten stramme und aktive Vertrauensleute und Betriebsräte sitzen den rechten Sprüchen auf. Doch wir müssen mit unseren Mitgliedern und Funktionären diskutieren und müssen Vorurteile, die in den Köpfen sind, widerlegen. Keine Lösung kann es sein, unsere Positionen den Meinungen im Land anzupassen und der SPD hinterherzulaufen, die gerade der Union hinterhersprintet. Denn eine Grundgesetzänderung ändert gar nichts.

schen, die entgegen der Pressehetze friedlich gegen Ausländerhaß, für Menschenrechte und Demokratie demonstriert haben. Ich hoffe, es werden immer mehr Menschen.

Erwin Peter-Winter, Suhl: Die IG Metall hat gute Vorschläge gemacht, um im Osten aktiv Beschäftigungspolitik zu betreiben. Leider ist es so, daß diese von der Politik nicht aufgenommen worden sind. Es ist nicht richtig, daß man den Niedergang der Industriestrukturen im Osten nicht mehr aufhalten kann. Wer so etwas bemerkt, gibt kampflos auf. Ich sage: Wir müssen aktiv zumindest für den Rest der Industriestandorte im Osten eintreten.

Paul Bloem, Leer/Papenburg: Beim Solidarpakt können wir unterschiedlicher Meinung sein. Wir sind nicht in der Gefahr, mit dem Kapital, wenn wir das mit einem Boot vergleichen, unsere Identität zu verlieren. Wir verlieren erst dann unsere Identität, wenn wir nicht mehr wissen, warum wir in dem Boot sitzen, in das wir hinein mußten. Die Wahl haben wir nicht immer zu sagen, wir steigen ein oder nicht. Wir sind keine Sekte, die neben dem Unglück steht und betet, klagt und sagt, da haben wir wieder einmal recht gehabt. Das können wir uns nicht erlauben. Die Menschen erwarten von uns, daß wir nicht kneifen, sondern zu dem stehen, was wir sagen, was wir denken und was wir glauben.

Hans Schmidt, Friedrichshafen: Für Gewerkschaften kann die Devise nur heißen: Keine Änderung

Franz Steinkühler zur Diskussion:

Wir brauchen den Solidarpakt

Ich freue mich außerordentlich, daß es zum Thema Asyl und Ausländerfeindlichkeit so viele engagierte Beiträge gegeben hat. Dies ist auch ein Signal für all diejenigen, die von der schreibenden Zunft sind, um deutlich zu machen, daß die IG Metall nicht daran denkt, in Zukunft ihre Positionen in der Frage auch nur im geringsten zu ändern. Menschenrechte, das lehrt uns die Geschichte, sind unabdingbar. Sie können nicht zur Disposition gestellt werden. Sie müssen durch unser praktisches Verhalten, durch uns selbst verwirklicht werden. Ich sage ganz deutlich und unmißverständlich nochmals: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Und solange die IG Metall kämpfen kann, wird sich daran nichts ändern.

Ich habe gestern erklärt, daß die IG Metall unter bestimmten Bedingungen zu einem Solidarpakt bereit ist. Die Antwort haben wir heute morgen in der „Frankfurter Rundschau“ bereits gefunden. Dort hat sich Bundeswirtschaftsminister Müllemann nicht nur erneut eindeutig für Tariföffnungsklauseln im Osten, sondern auch für Öffnungsklauseln im Westen ausgesprochen. Nur wenn wir selbst solche Öffnungsklauseln mit den Arbeitge-

bereitschaften vereinbaren, will er auf ein entsprechendes Gesetz verzichten. Offensichtlich gibt es schwerwiegende Differenzen in der Bundesregierung. Kohl propagiert, Müllemann sabotiert einen Solidarpakt. Ich fordere deshalb von hier aus den Bundeskanzler auf, endlich verbindlich klarzustellen, was die Bundesregierung überhaupt will.

Wer braucht einen Solidarpakt? Im Osten brechen uns die Betriebe weg, es herrscht Arbeitslosigkeit, niemand investiert, Rechtsradikalismus kommt hinzu, Perspektivlosigkeit auch. Brauchen die Arbeitgeber einen Solidarpakt? Sie brauchen keinen. Sie können mit dem Zustand gut leben. Die, die den Solidarpakt brauchen, sind wir. Was passiert, wenn wir alles so lassen wie es ist? Dann werden nach wie vor die Arbeitnehmer zwei Drittel des notwendigen Sozialtransfers in den Osten aufbringen.

Ich möchte klarstellen, daß die Einheit Deutschlands nicht nur ein Problem der Arbeitnehmer sein darf. Ich möchte klarstellen, daß wir nicht akzeptieren, daß die Arbeitnehmer höhere Sozialversicherungsbeiträge zahlen und auf der anderen Seite die Arbeitgeber über Investitionszuschüsse abkassieren.



Franz Steinkühler bei seinem Schlußwort: Menschenrechte stehen nicht zur Disposition



„Aufstand der Zwerge“: Kinder aus Neubrandenburg (Foto) machten dem Gewerkschaftstag einen Besuch mit ihren Eltern, den rund 260 Beschäftigten der Nagema (Nahrungsgütermaschinenbau). Mehr als die Hälfte von ihnen soll ihre Arbeitsplätze verlieren. So will es die Treuhand. Gegen das Sterben auf Raten wollen die Belegschaften von Nagema und anderen Kleinbetrieben in Mecklenburg-Vorpommern im November in einem „Aufstand der Zwerge“ sich wehren.

Wie in einer Dorfpraxis ...

„Die weiß nicht, worüber sie schreibt.“ Dr. Paula Vogelheim ist leicht sauer auf die Berichterstatterin einer Frankfurter Tageszeitung, die sich über „Verschwendung und Pomp“ im „glitzernden Hamburger Congress Centrum“ mokierte. Die Ärztin, die die Teilnehmer des Gewerkschaftstages medizinisch betreute, weiß, wovon sie spricht.

Der Kongress ging vielen im wahrsten Sinne des Wortes auf die Knochen. Delegierte, die von morgens bis abends in engen Sitzreihen ausharren mußten, klagten über

Rückenschmerzen. Ihnen wurde durch „Stufenlagerung“ in einem Spezialbett Linderung verschafft. Andere litten unter der Klimaanlage und der schlechten Luft. Bindehautentzündungen und Erkältungen waren die Folge.

Während der Sprechstunde, die von morgens acht bis abends 19 Uhr oder länger dauerte, ging es zu „wie in einer Dorfpraxis“. Paula Vogelheim, die im Alltag an der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt arbeitet, behandelte täglich rund 100 Kolleginnen und Kollegen mit großen und kleinen Wehwehchen. Denn einige hatten sich extra für den Kongress neue Schuhe gekauft.

Die tapferere Ines Richter

Eine der jüngsten Delegierten auf dem Gewerkschaftstag war die 19jährige Ines Richter aus Chemnitz. Schon am ersten Tag ging die Jugendvertreterin bei Barmag-Spinnzwirn beherzt ans Rednerpult. „Ich war schon eine Stunde vorher total nervös“, erinnerte sie sich später.

„In vielen Betrieben“, schilderte sie den Delegierten die Situation in Chemnitz, „sind kaum noch Leute unter 30 Jahren.“

Und sie berichtete auch, daß sich die Beschäftigten diesen Arbeitsplatzabbau nicht bieten lassen. „Wir beteiligen uns mit ‚Mut statt Helmut‘ an Demonstrationen“, sagte sie unter dem starken Applaus der Versammelten.

Als sie in den Saal rief: „Saniert endlich die Betriebe, anstatt ständig zu entlassen!“ versagte die Stimme, Tränen kullerten. Doch die Delegierten ermunterten sie mit Beifall, weiterzusprechen, was sie mit zitternder Stimme tat.

Die Reaktion der Delegierten, so Ines später, fand sie „wirklich gut. Ich habe ja noch nie vor so vielen Menschen gesprochen.“



Kollegin Ines: „Noch nie vor so vielen Menschen gesprochen“

Sprüche ...

„Einige Kolleginnen und Kollegen, vor allem in den oberen Rängen, haben sich beklagt, daß durch Zigarettenrauchen im Saal die Luft oben schwer erträglich wird. Franz Steinkühler hat davon gesprochen, daß wir aus der Umweltkatastrophe raus müssen. Auch das ist ein Teil davon.“

„Es gibt auf Kongressen nur wenig Schlimmeres, als wenn man die Essenszeiten nicht einhält.“

„Ihr möchtet bitte alle viel sagen, aber nicht so viel reden.“

„Denn auch wir als junge Metallerrinnen und Me-

taller sind der Meinung, daß man nur gehört wird, wenn man seine Stimme erhebt.“

„Gestattet mir noch zwei Sekunden oder sagen wir zweieinhalb Sekunden zum Rechtsschutz.“

„Also, ich heiße, verflixt noch mal, Fouad Allouche und nicht ‚Faud Allusche‘.“

„Ich komme zwar aus Wuppertal, aber ich will da keine Boutique eröffnen.“

„Wir wissen ja gar nicht, ob der Herr Meyer von seinem Blauhelm-Einsatz aus Jugoslawien wieder zurückkommen wird.“

„Auch die Kasse der IG Metall ist nicht unendlich.“

„Der Franz hat eine Gosch wie ein Schwert.“

„Ein Thema war: Was ist der Sinn des Lebens. Die Jungens haben vor Vergnügen in die Tischkante gebissen.“

„Die IG Metall ist mehr als 100 Jahre alt. Kein Arzt würde uns empfehlen, den Zyklus der Vorsorgeuntersuchung zu verkürzen.“

Grußwort von Engholm

Scharf grenzte sich der SPD-Vorsitzende Björn Engholm von den „heutigen Möllemännern“ ab, die per Gesetz die Tarifverträge aushebeln wollen. In einem kurzen Grußwort an die Delegierten des Gewerkschaftstages sagte er:

„Die beste Tarifpolitik, die Politiker machen können, ist, sich aus der Tarifautonomie herauszuhalten. Diejenigen, die in Bonn über die Veränderungen von gesetzlichen Grundlagen nachdenken, rühren damit an einen der wesentlichen Grundpfeiler der neuen deutschen Demokratie, und dies wird nicht ohne Schaden für sie selbst vonstatten gehen.“



Dr. Paula Vogelheim im Einsatz: 100 Patienten am Tag



Dresdner Tanzensemble: „Die sind ja echt professionell“

Der Tanz der Saxonia

Die jungen Frauen wirbeln über die Bühne zu schrägen Jazztönen. Expressiv ihre Bewegungen, und sie neigen sich den Zuschauern zu, die zur zweiten Kunstpreisverleihung der IG Metall gekommen sind. Es sind die Tänzerinnen des Ensembles Saxonia Dresden e.V., die für dieses Ereignis eigens ein Programm aus Tanz, Rezitation und Gesang zusammengestellt haben.

Das Ensemble wurde 1970 von der Kulturabteilung der MeBelekttronik Robotron Dresden ins Leben gerufen. Rund 100 junge Menschen – ob Arbeiter oder Angestellte, Schüler oder Studenten – sangen und tanzten unter professioneller Anleitung. An die 100 Auftritte hatten sie pro Jahr. Anita Bilich, Geschäftsführerin der Saxonia: „In der ehemaligen DDR wurde viel gefeiert.“

Revue, Weihnachtsprogramme, klassisches Ballett, Folkloristisches – kein Problem für die inzwischen 45 Ensemblemitglieder. Sie probten trotz widriger Umstände – Robotron mußte seine finanzielle Unterstützung abbauen – unter Regie der polnischen Choreographin Susanna Czyzowska weiter. Mal im sächsischen Soldatenheim, mal in Turnhallen. Nach der Wende wurde ihnen für ihr Engagement der Kulturpreis der Stadt Dresden verliehen.

Bilich, die seit sechs Wochen arbeitslos ist: „Da ist schon viel Idealismus dabei. Wir wollen die jungen Leute von der Straße holen.“

Honoriert wird auch die Qualität ihrer Aufführungen. „Die sind ja echt professionell“, staunten die Zuschauer. Mit Professionalität,

meint Czyzowska, habe das wenig zu tun. Die Choreographin, die in den Ostblockstaaten für ihren Ausdruckstanz weit über die polnischen Grenzen hinaus bekannt ist, setzt auf die Laienbewegung. „Ich will den jungen Menschen auch den Spaß lehren, anderen Freude zu bereiten.“

Bilich und Czyzowska versuchen, in die Programme und die Choreographie aktuelle Fragestellungen einzuarbeiten. Etwa wenn der Chor anlässlich der Kunstpreisverleihung die Zeilen schmettert: „Wir wollen Frieden hier und überall, auf der Erde und im All.“

Oder die Tänzerinnen die deutsche Wiedervereinigung in einer Musikkollage darstellen: die Trennung, die Freude nach dem Fall der Mauer – unterlegt mit einem Kohl-Zitat: Die Mauer in den Köpfen der Menschen und, als letzte Szene, das Zusammengehen der Menschen. Riesiger Beifall.



Kinder auf dem Kongreß: Spielen, malen und basteln für einen guten Zweck

Giselas 42 Kids

Helle Stimmen klingen durch den Betonblock des Congress Centrums Hamburg. 42 Kinder haben ihre Eltern auf den Gewerkschaftstag begleitet. Das Kleinste ist gerade mal ein Jahr alt, ein 14-jähriger ist der Senior. Die Eltern können von 9 bis 18 Uhr beruhigt den Debatten folgen, denn die Kids sind bei Gisela Schueler von der Abteilung Organisation und ihrem Team in guten Händen.

Kollegin Schueler hat trotz der wuseligen Schar die Ruhe weg. Zwar sind vier Kids mehr gekommen als erwartet, aber sie hat zusammen mit den Berliner „Falken“, der SPD-Jugendorganisation, ein Programm erarbeitet, in dem sich für jeden der kleinen Kongreßteilnehmer etwas findet.

Von Sonntag bis Freitag wird jeweils für zwei Stunden „das große Spiel“ gespielt. Diesmal geht es um die Völkergemeinschaft: Die Kinder werden in fünf Gruppen aufgeteilt und stellen an jedem Tag ein anderes Volk dar.

Die Kids bemalen sich nach Leibeskräften. Sie bilden eine Regierung, stellen Produkte her. Die Masken, die die Afrikaner auf den Markt bringen, der am letzten Tag stattfindet, sind ihnen gut gelungen.

Am letzten Tag eröffneten die Kinder einen Basar und verkauften ihre Bastelarbeiten an die Delegierten. In wenigen Stunden nahmen sie 1420 Mark ein. Der Erlös wurde dem Kinderhilfswerk der UNICEF gespendet.

Zweiter Kunstpreis der IG Metall

Brücken

„Brücken bauen“ – so lautete das Thema, das die IG Metall bei der Ausschreibung des zweiten Kunstpreises vorgegeben hatte. Die Resonanz war umwerfend: 525 Künstlerinnen und Künstler schickten ihre Gemälde ein, die dann von der siebenköpfigen Jury begutachtet wurden. Nach langen Diskussionen wurden die drei Preisträger, Thomas Reddig, Georg Meissner und Michele Borio, gekürt.

Bei der Preisverleihung am 11. Oktober auf dem Hamburger Gewerkschaftstag sagte Franz Steinkühler, daß die Kunst des Brückenbauens in der heutigen Zeit der sozialen Spaltungen, wachsender Ausländerfeindlichkeit und zunehmendem Rechtsradikalismus besonders wichtig seien:

„Wer Brücken bauen kann, trägt zur Humanisierung menschlichen Zusammenlebens bei“, sagte er.

Der Kölner Maler Thomas Reddig, der den ersten mit 15000 Mark dotierten Preis nach Hause trug, hatte die „Hohenzollernbrücke“ seiner Heimatstadt gewählt.

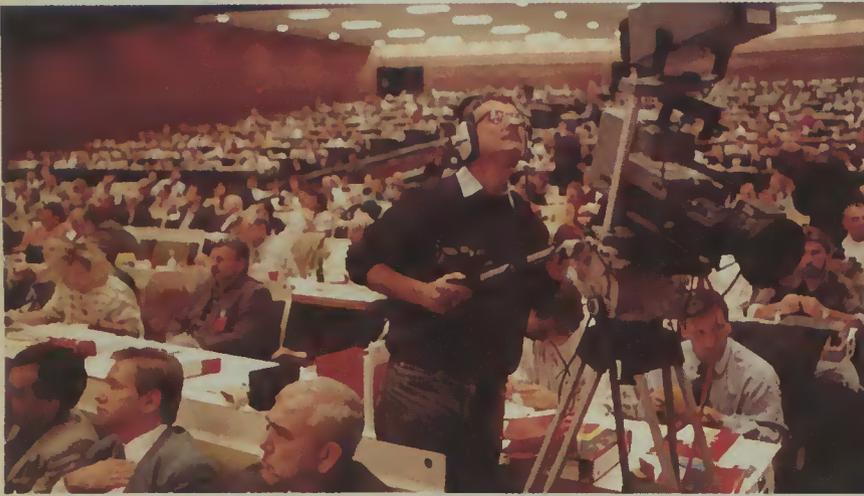
Filigran, fast mysteriös die Arbeit des 58-jährigen Georg Meissner, die mehr Fragen stellt als Antworten gibt. Der in Schwerte-Ruhr geborene Künstler, der den zweiten Preis in Höhe von 10000 Mark erhielt, macht es dem Betrachter nicht leicht, und doch kann man sich des Zaubers „Horx-Gong II“ nicht entziehen.

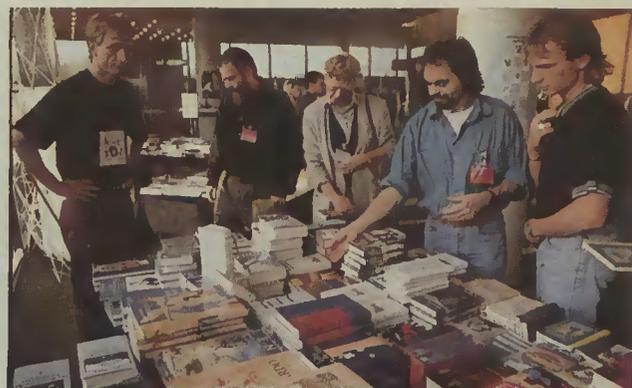
Ein Sprachbrücke schlug der in Turin geborene Maler Michele Borio. Der 29-jährige malte zwei Menschen verschiedener Herkunft und Hautfarbe, verbunden und vereint durch ihre Zungen.

Die Zungen, das Symbol der Sprache, führen die Menschen zueinander. Das Miteinanderreden ermöglicht das Verstehen, den Abbau von Vorurteilen und auch die Liebe.

Mit Ölpastellfarben und Kreide warf der Wahlmünchner sein Bild „Sprachbrücken bauen“ schwungvoll auf die Leinwand, für das er den mit 5000 Mark dotierten dritten Preis erhielt.

17. ORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG DER IG METALL: EINE WOCHENSCHAU







Von den Delegierten des 17. ordentlichen Gewerkschaftstages gewählt: Der neue Vorstand der IG Metall

Der neue Vorstand

„Dieses Ergebnis ist nicht mehr zu übertreffen“, freute sich Franz Steinkühler nach seiner Wiederwahl zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall. Steinkühler wurde mit 684 von 765 Stimmen (89,41 Prozent) im Amt bestätigt. Drei Jahre vorher hatte er ein Ergebnis von 87,75 Prozent erreicht. Wiedergewählt wurden auch Klaus Zwickel als Zweiter Vorsitzender und Werner Schreiber als Hauptkassierer.

Zwickel erhielt 683 von 767 Stimmen (89,05 Prozent); Schreiber konnte sich mit 516 von 767 Stimmen (67,28 Prozent) gegen seinen Gegenkandidaten, den Ersten Ersten Bevollmächtigten Uwe Schmidt, durchsetzen, der 202 Stimmen (26,34 Prozent) erhielt.

Bei der Wahl der weiteren geschäftsführenden Vorstandsmitglieder gab es zwei Gegenkandidaturen zum Wahlvorschlag des Vorstandes. Durchsetzen konnte sich Yilmaz Karahasan, Sachbearbeiter bei der IG Metall-Vorstandsverwaltung, der 470 Stimmen (62,25 Prozent) erhielt. Nicht durchsetzen konnte sich dagegen der Hattinger Erste Bevollmächtigte Otto König, der 259 Stimmen (34,30 Prozent) auf sich vereinigte. Nicht wiedergewählt wurde das vom Vorstand vorgeschlagene geschäftsführende Vorstandsmitglied Karlheinz Hiesinger. Hiesinger erhielt 375 Stimmen (49,67

Prozent). Als weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt: Karin Benz-Overhage mit 638 Stimmen (84,50 Prozent), Siegfried Bleicher (522/69,14 Prozent), Gudrun Hamacher (536/70,99 Prozent), Horst Schmitthener (587/77,75 Prozent), Dieter Schulte (497/65,83 Prozent) und Erwin Vitt (419/55,50 Prozent). Neu in den Vorstand wurde Joachim Töppel mit 576 Stimmen (76,29 Prozent) gewählt.

Die neuen ehrenamtlichen Mitglieder des Vorstandes sind Horst Schupritt (Bezirk Dortmund), Klaus Bischoff (Bezirk Frankfurt), Klaus Mehrens (Bezirk Küste), Petra Philipps (Bezirk Wuppertal) und Karla Birkmann (Bezirk Dresden).

Verabschiedet

Horst Klaus (62) stammt aus dem schlesischen Bertelsdorf. Gleich zu Beginn seiner Schlosserlehre in Nürnberg trat er in den Bayerischen Gewerkschaftsbund ein. Sein Engagement galt der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, und 1956 wurde Horst Klaus Jugendsekretär in der Verwaltungsstelle Nürnberg. Sein weiterer Werdegang war ein Pendeln zwischen Nürnberg und Frankfurt. 1968 berief ihn der IG Metall-Vorstand zum Leiter seiner Jugendabteilung. Nach fünf Jahren ging er nach Nürnberg als Erster Bevollmächtigter zurück.

Wieder zurück nach Frankfurt kam Horst Klaus, als ihn der 14. ordentliche Gewerkschaftstag 1983 zum geschäftsführenden Vor-

standsmitglied wählte. Der Vorstand übertrug ihm die Verantwortung für das Ressort der gewerkschaftlichen Betriebspolitik. Sein Einsatz war geprägt vom Kampf für die 35-Stunden-Woche, gegen die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungs-gesetz und für die Gestaltung der sozialen Einheit in Deutschland. Politisch setzte sich Horst Klaus für Frieden und Abrüstung ein. Schon als 20jähriger sammelte er Unterschriften gegen die Wiederbewaffnung; bis heute ist er der Ostermarsch- und Friedensbewegung treu geblieben.

„Der Weg in den Ruhestand“, sagte Franz Steinkühler bei der Verabschiedung, „ist für Dich nicht gleichbedeutend mit dem Abschied von der Arbeit an unserer gemeinsamen Sache. Du wirst sicher auch in Zukunft bereit sein, Deine Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben.“

Karlheinz Hiesinger (49) machte von 1956 bis 1960 eine Ausbildung zum Maschinenschlosser bei MAN in Augsburg. Er absolvierte die REFA-Lehrgänge I und II und war von 1967 bis 1973 Berufsausbilder im Betrieb.

In die IG Metall trat Hiesinger 1968 ein, wurde Mitglied der Vertrauenskörperleitung bei MAN. 1974, nach dem Besuch der Akademie für Arbeit, ging er als Fachsekretär in die Verwaltungsstelle Augsburg. Dort erfolgte 1982 die Wahl zum Zweiten und 1984 zum Ersten Bevollmächtigten. SPD-Mitglied Hiesinger wurde auf dem letzten Gewerkschaftstag zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall gewählt.

„Er hat in Frankfurt keine Fehler gemacht“, sagte Franz Steinkühler bei der Verabschiedung, „aber er ist nicht wiedergewählt worden. Das ist in einer Demokratie so, das muß man akzeptieren, auch wenn es persönlich schmerzt.“

Albrecht Herold (63) lernte im saarländischen St. Ingbert den Beruf des Drehers. 1946 trat er dem damaligen Industrieverband Metall bei. Ab 1956 arbeitete er als Jugendsekretär in der Verwaltungsstelle Saarbrücken und wurde 1960 dort Erster Bevollmächtigter. 1961 erfolgte die Wahl zum Mitglied des IG Metall-Beirats und 1974 zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied. Herold ist politisch tief in der Sozialdemokratie verwurzelt. Seit 1965 ist er Mitglied des saarländischen Landtages, seit 1980 dessen Präsident. „Er hat“, so Franz Steinkühler, „die politische und gewerkschaftliche Landschaft des Saarlandes mitgeprägt.“

Alfred Prezewowsky (60) machte eine Lehre zum Kraftfahrzeugmechaniker. Nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit fand er 1952 wieder einen Arbeitsplatz: als Elektroschweißer bei der HDW in Kiel. Prezewowsky, seit Ende der vierziger Jahre Mitglied der IG Metall, wurde 1957 Betriebsratsmitglied bei Hagenuk in Kiel, später Betriebsratsvorsitzender. 1959 dann Mitglied der Ortsverwaltung, 1969 Zweiter Bevollmächtigter und 1976 Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Kiel.

Er gehörte zu den Metallerrinnen und Metallern, die 1956/57 im längsten Streik in der Geschichte der Organisation die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter erkämpft hatten. Von 1967 bis



Aus dem Vorstand verabschiedet (von links): Horst Klaus, Albrecht Herold, Gertraud Hoffmann, Karlheinz Weihs. Nicht im Bild: Karlheinz Hiesinger, Alfred Prezewowsky

1983 war er für die SPD Mitglied des Kieler Landtags, seit 1989 ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall.

Karlheinz Weihs (61) wurde in Duisburg geboren, wo er nach dem Krieg den Beruf des Drehers bei der Thyssen Stahl AG erlernte. 1954 wurde er Mitglied der IG Metall, 1956 Betriebsrat, 1972 Betriebsratsvorsitzender und 1983 Vorsitzender des Konzernbetriebsrats. 1980 kam er als ehrenamtliches Mitglied in den Vorstand der IG Metall. „Er ist kein Mann der großen Worte“, würdigte Franz Steinkühler die Leistung von Karlheinz Weihs bei der Verabschiedung, „er ist ein Mann der Tat.“ Ohne Leute ist ein Mann der Tat.“ Ohne Leute wie ihn, die an der Basis arbeiteten, sei „die IG Metall nicht denkbar“.

Gertraud Hoffmann (50) arbeitete nach der kaufmännischen Berufsschule bei der Deutschen Versicherung und dann im VEB-Kombinat Medizin und Labortechnik in Leipzig. Im Juni 1990 wurde sie Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Med-Lab GmbH in Leipzig und später Konzernbetriebsratsvorsitzende. Seit 1991 arbeitet sie in der Verwaltungsstelle Leipzig.

Franz Steinkühler lobte die parteilose und in der Bürgerbewegung der DDR engagierte Kollegin bei der Verabschiedung: Sie habe „immer wieder bewußt gemacht, daß hinter den Arbeitslosenzahlen Schicksale von Menschen stehen“.

Neu im Vorstand



Joachim Töppel (45) stammt aus Neustadt in Sachsen. Nach seiner Lehre als Orgelbauer von 1963 bis 1966 arbeitete Töppel als Tischler im Betrieb seiner Eltern. 1969 wechselte er als Datenverarbeiter zum VEB-Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt, 1973 wurde er dort Abteilungsleiter. Im Betrieb war er von 1974 bis 1978 Vertrauensmann und in der Wendezeit ehrenamtlicher BGL-Vorsitzender.

1990 wurde er ehrenamtliches Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall (Ost) und der sächsischen Tariff Kommission, 1991 Sekretär in der IG Metall-Betriebsleitung Dresden. Töppel, der nie Mitglied der SED war, bekannte sich vor den Delegierten

zu seiner DDR-Vergangenheit: „Ich war kein Revolutionär. Ich reihe mich nicht in die Reihe derer ein, die sagen, sie seien schon immer gegen die DDR gewesen.“ In Hamburg wurde er – als erster Ostdeutscher – zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt.



Yilmaz Karahasan (54) wurde im türkischen Zonguldak geboren. Nachdem er in der Türkei im Bergbau als Elektriker gearbeitet hatte,

kam er 1958 in die Bundesrepublik, wo er als Elektromonteur bei Siemens in der Oberpfalz anfang. Von 1960 bis 1962 leistete er seinen Militärdienst in der Türkei. 1963 ging Karahasan als Betriebselektriker zu den Kölner Ford-Werken, 1964 als Sozialberater zum Bezirksverband Mittelrhein der Arbeiterwohlfahrt in Köln. Nach seinem Studium an der Sozialakademie Dortmund wurde Karahasan Gewerkschaftssekretär in der IG Metall-Vorstandsverwaltung in Frankfurt. Gewerkschaftliches Denken und Handeln wurde Karahasan, wie er selbst sagt, „in die Wiege gelegt“. Sein Vater war Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der türkischen Bergarbeiter-Gewerkschaft. Karahasan, seit 1962 Mitglied der IG Metall und seit 1963 der SPD, wurde als erster ausländischer Kollege in Hamburg in den geschäftsführenden Vorstand gewählt.



Horst Schupritt (56) machte von 1951 bis 1954 eine Ausbildung als Maschinenschlosser. Ab 1955 arbeitete er bei der Vereinigten Rohrleitungs-

bau Düsseldorf, dann bei der Niederrheinischen Maschinenfabrik Meiderich und ab 1957 bei der Thyssen Stahlbau Ruhrort. 1966 wurde er dort qualifizierter Vorzeichner, 1967 Kolonnenführer und 1976 Vorarbeiter. 1974 wurde Schupritt Betriebsratsmitglied, seit 1978 ist er in dieser Funktion freigestellt. 1984 wurde er Betriebsratsvorsitzender, Mitglied des Aufsichtsrats der Thyssen Stahl und des Gesamtbetriebsrats, 1985 des Konzernbetriebsrats. In Hamburg wählten ihn die Delegierten zum

ehrenamtlichen Vorstandsmitglied.



Klaus Bischoff (49) arbeitete nach seiner Lehre in den Jahren 1960 bis 1963 als Kaufmann. 1965 war er erst Volontär in der Bezirksleitung Frankfurt der IG Metall und kam dann in die Verwaltungsstelle Darmstadt. Bischoff ist seit 1960 Gewerkschaftsmitglied und seit 1961 Mitglied der SPD. Von 1977 bis 1982 war er Mitglied im Berufsbildungsausschuß der IG Metall, seit 1981 Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Worms und seit 1990 Mitglied der Bezirkskommission im Bezirk Frankfurt. Bischoff wurde in Hamburg zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied gewählt.



Klaus Mehrens (49) wurde in Ostpreußen geboren. Nach dem Abitur studierte er Volkswirtschaft. Ab 1970 arbeitete er an einem Forschungsprojekt der Ebert-Stiftung, ab 1973 im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1975 kam Mehrens zur Vorstandsverwaltung der IG Metall, zuerst in die Wirtschaftsabteilung, dann als Leiter der Grundsatzabteilung. Seit 1989 ist das SPD-Mitglied Mehrens Erster Bevollmächtigter in Hamburg. Die Delegierten wählten Mehrens, der seit 1971 Gewerkschaftsmitglied ist, zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied.



Petra Philipps (37) machte ihre Lehre zur Industriekaufrau bei der Firma Witte in Iserlohn. Dort arbeitete sie ab 1973 zuerst als kaufmännische

Angestellte, dann als Sachbearbeiterin in der Rechnungskontrolle. 1977 wurde Petra Philipps, die parteipolitisch in der CDU engagiert ist, Mitglied der IG Metall. 1979 wurde sie Vertrauensfrau in ihrem Betrieb, 1980 Mitglied des Betriebsrates, dessen stellvertretende Vorsitzende sie 1985 und Vorsitzende 1989 wurde. Sie ist Kassenrevisorin der Verwaltungsstelle Iserlohn. In Hamburg wurde sie zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied gewählt.



Karla Birkmann (42) begann ihre Facharbeiter-Ausbildung zur Elektromechanikerin 1966 im Geräte- und Reglerwerk Leipzig. Dort arbeitete sie ab 1969 erst als Labormechanikerin, dann in der Berufsausbildung und ab 1972 als Elektromechanikerin. Im April 1991 wurde sie freigestelltes Betriebsratsmitglied, im Dezember 1991 Betriebsratsvorsitzende. Karla Birkmann, die seit 1966 Gewerkschaftsmitglied ist, gehörte und gehört keiner Partei an. Seit 1991 ist sie Vorsitzende des Frauenausschusses der Verwaltungsstelle Leipzig. Der Gewerkschaftstag wählte sie in Hamburg zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied.



Der Kontrollausschuß nach der Wahl (von links): Heinz Kaiser, Reinhard Bulitz, Erwin Göbelein, Walter Kaufmann, Gerhard Ziems, Hermann Günkel, Hans Hirsch, Dieter Knaack. Nicht im Bild: Ernst Eisenmann

Auf dem „Gewerkschaftstag Eins“ nach der Wiedervereinigung standen im Mittelpunkt des Grundsatzreferates von Franz Steinkühler die soziale Einheit Deutschlands, ein „Demokratie-Pakt“ gegen Rechtsradikalismus, die politische Zukunft Europas und der Kampf gegen weiteren Sozialabbau. METALL dokumentiert Auszüge aus der zweieinhalbstündigen Rede.

Die Ereignisse des Jahres 1989 – und auch die Zeit danach – haben erneut bewiesen: Geschichte ist kein kontinuierlicher Prozeß, keine lineare Fortschreibung von heute nach morgen. Ich betrachte es als Glück, diese Zeit miterlebt zu haben, trotz all der Folgen, die wir auch heute nur zum Teil übersehen können. Wer kann je den Jubel über das Zerbrechen der Berliner Mauer am 9. November 1989 vergessen, als die Menschen, die 28 Jahre durch sie getrennt waren, einander in die Arme fielen und selbst noch ihre Wächter umarmten?

Langer Kampf

Wir erinnern uns: Vor drei Jahren und einem Monat sprach der damals noch mächtige und heute Mitleid erheischende Erich Honecker einen Satz gelassen aus: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“

Weder „Ochs“ noch „Esel“, sondern Menschen brachten ein erstarrtes, inhumanes System, ein Obrigkeitsregime, das die elementaren, demokratischen Rechte mit Füßen trat, zu Fall.

Dieses System, das sich wagte, sozialistisch zu nennen, hatte nichts mit den humanen Idealen gemein, die unsere Vorväter und -mütter einst formulierten. Ihren Idealen – Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Solidarität – fühlen wir uns nach wie vor und heute erst recht verpflichtet.

Wir haben in langem Kampf eines unserer großen Ziele erreicht: die 35-Stunden-Woche. Dafür haben wir eineinhalb Jahrzehnte debattiert und gestritten, geworben, verhandelt und gestreikt. Dafür hat man uns „dumm und töricht“ gescholten. Dafür haben wir Solidarität praktiziert und Opfer gebracht: für Hunderttausende, die ohne Arbeit sind, für Millionen, die in Arbeit stehen.

Ohne die fixierte Arbeitszeitverkürzung wäre die Arbeit noch schlechter verteilt und die Zahl der Arbeitslosen bedeutend höher.



Franz Steinkühler: „Wir werden den Angriff auf den Sozialstaat gemeinsam abwehren – mit dem Protest in den Betrieben, mit den Demonstrationen“

„Demokratie-Pakt“

Und dennoch: Im letzten Monat vermeldete diese Republik in Ost und West über drei Millionen registrierte Arbeitslose. Die ist bedrückende Realität. Wir wollen und werden uns damit nicht abfinden. Drei Millionen Arbeitslose sind drei Millionen zu viel!

Die Jahre seit unserem letzten Gewerkschaftstag in Berlin haben die IG Metall in einem selten gekannten Maße gefordert. Nachdem die Mauer fiel, war der Aufbau einer neuen Gewerkschaftsorganisation in der ehemaligen DDR angesagt. Wir haben diese kräftezehrende, aber für unsere Zukunft zentrale Aufgabe gemeistert.

Der Aufbau der 34 Verwaltungsstellen und der Bezirke konnte bei allen Schwierigkeiten und Schwächen nur gelingen, weil Menschen bereit waren, ihn zu ihrer Sache zu machen, „Ossis“ wie „Wessis“. Im zweiten Jahr der Einheit sind bei

vielen die Freudentränen vom 9. November 1989 getrocknet. Nicht die Umwälzung der Arbeits- und Lebensweise ist dafür der Grund, sondern die Dramatik des wirtschaftlichen Niederganges und der sozialen Kluft. Sie dokumentieren das Versagen von Politik und Wirtschaft.

Herrschende Lehre

Die industrielle Produktion ist in den neuen Ländern auf ein Drittel des Niveaus von 1989 abgesackt, die Zahl der Beschäftigten wurde um vier Millionen dezimiert. Wir haben leider recht behalten: Die herrschende Lehre der Wirtschaftspolitik und ihre Anhänger haben ihr Waterloo erlebt. Allerdings auf unsere Kosten.

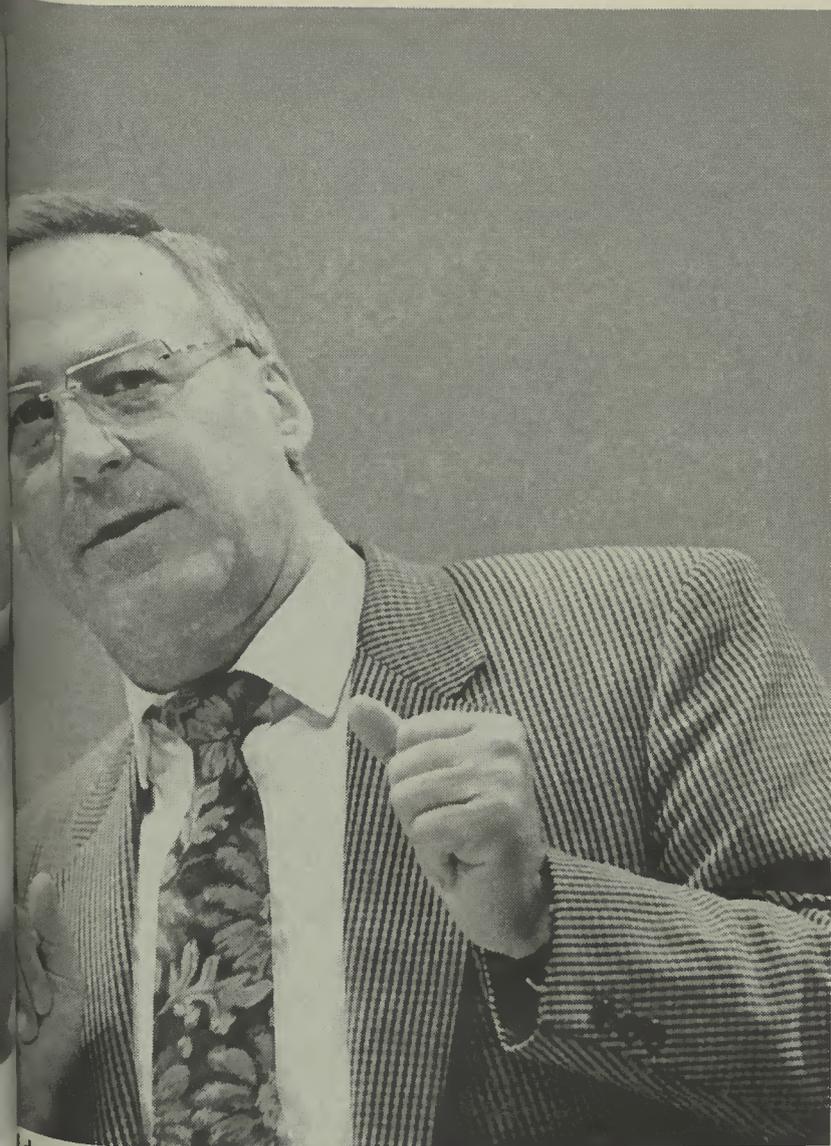
Ich frage diese Bundesregierung: Wollt Ihr zusehen, bis sich im Osten dieser Republik kein Rad

mehr dreht? Glaubt denn einer der noch einigermaßen bei Vernunft ist, daß aus der Erniedrigung von Millionen Menschen christliche Nächstenliebe, demokratische Bürgergesinnung und eine solidarische Gesellschaft entstehen?

Ich sage: Aus Erniedrigung entsteht Haß! Aus Haß entsteht Gewalt! Haß verzehrt die Herzen, und Gewalt brennt Asylunterkünften nieder.

Alle Demokraten sind aufgefordert, nach Antworten zu suchen, um solche menschenverachtenden Entwicklungen unmöglich zu machen. Und wenn schon ein „Demokratie-Pakt“.

Diesen will ich hiermit der Bundesregierung, den demokratischen Parteien, den Unternehmen und allen gesellschaftlich relevanten Institutionen und Gruppen vorschlagen. Ich würde mir wünschen



der Straße, mit den Wahlzetteln an den Urnen. Hier werden wir gewinnen.“

gegen Rechts

sehen, daß der Bundespräsident diesen Vorschlag aufgreift und zu seiner Initiative macht.

Das Recht für politisch Verfolgte muß erhalten werden. Und dort, wo es angegriffen wird, muß es verteidigt werden. Das Recht auf politisches Asyl ist die eine Seite, und die Möglichkeit der Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen ist die andere Seite. Es ist dringender denn je, ein Einwanderungsgesetz zu schaffen. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland geworden.

Die soziale Gestaltung der Einheit ist die alles entscheidende Herausforderung der neunziger Jahre. Die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung bei der Finanzierung der Einheit hat die soziale Spaltung zwischen oben und unten verschärft. Bis heute fehlt eine Gesamtübersicht über die Kosten, bis heute kommt die Wahrheit nur häppchenweise ans Licht.

Statt dessen wird die einfallslöse Leier gedreht: Die Gewerkschaften im allgemeinen, die IG Metall im besonderen verhindern mit ihrer Tarifpolitik nicht nur den Anstieg der Beschäftigung, nein, sie seien für den Verlust von Arbeitsplätzen verantwortlich.

Wissen diese Herren eigentlich, wovon sie reden? Kennen sie Einkommen und Lebenshaltungskosten im Osten? Kennen sie die Mieten, die Tarife für Gas, Wasser Strom, das West-Preisniveau im Ost-Supermarkt?

Soziales Elend

Wir haben diese Verträge mit der anderen Tarifvertragspartei ausgehandelt, um dem wirtschaftlichen Niedergang nicht die flächendeckende soziale Verelendung und damit den massenhaften Umzug in den Westen folgen zu lassen. Die

Menschen sollen in ihrer Heimat eine Perspektive behalten. Und dazu gehören Löhne, mit denen sie dort leben können.

Die EG braucht eine politische Verfassung, die demokratische und soziale Grundrechte der Gemeinschaftsbürger garantiert und die Vielfalt der Nationen und Regionen bewahrt.

In Maastricht wurde dieses Ziel nicht erreicht. Die Unternehmensmitbestimmung braucht eine europäische Regelung, die Mitbestimmungsflucht verhindert. Darüber hinaus müssen Voraussetzungen für europäische Tarifverträge geschaffen werden.

Eindeutiges Ziel

Der Betrieb muß ein Ort der Aussprache über Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation sein, und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht länger von der Mitbestimmung über den materiellen Inhalt der Produktion ausgeschlossen werden.

„Arbeiten um zu leben“ ist keine Parole der Vergangenheit, sondern eindeutiges Gestaltungsziel einer von uns gewollten Arbeitspolitik und Unternehmensreform. Die Selbstverständlichkeit, daß Frauen und Männer arbeiten, etwas leisten wollen, daß sie Spaß an ihrer Arbeit haben, daß sie humane Arbeitsbedingungen und gerechte Bezahlung, daß sie mitbestimmen und mitentscheiden wollen, das muß endlich die selbstverständliche Grundlage jeder zukunfts-trächtigen Arbeits- und Unternehmenspolitik werden.

Die Angleichung der Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern wie vereinbart beizubehalten und konsequent fortzusetzen, das ist unser Kurs in den neuen Bundesländern. Wer an die Löhne im Osten ran will, der hätte zwei Jahre Zeit gehabt, an die großen Vermögen im Westen ran zu gehen. Wer an die Löhne im Osten geht, der geht auch an die Höhe des Arbeitslosengeldes, der ABM-Bezahlung und der Renten, der legt Feuer an eine Lunte, die das Pulverfaß leicht zur Explosion bringen kann.

Die Bundesregierung will die Bindekraft der Tarifverträge aushebeln. Ostdeutschen Betrieben sollen Lohnzahlungen unter Tarif ermöglicht werden, und westdeutschen inzwischen auch. Das geplante Gesetz geht an die Substanz gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsmacht. Wir halten dies für Verfassungsbruch. Unsere Satzung schreibt uns vor, die Verfassung zu schützen. Den Herren sei

gesagt, wir werden unsere Satzung einhalten.

Die Pflegeversicherung muß umgehend kommen. Der unwürdige Zustand, in dem sich unsere alten Menschen in einer Gesellschaft immer höherer Lebenserwartung befinden, verlangt eine dringende, solidarische Antwort. Es ist zu begrüßen, daß sich die Bundesregierung und die Parteien dieses Themas angenommen haben.

Es ist jedoch völlig unakzeptabel, es zum Anlaß politischer Rundschräge werden zu lassen. Es ist eine völlig absurde Idee zu glauben, daß wir auf den Weg zur Pflegeversicherung die Lohnfortzahlung als Opfergabe am Wegrand lassen würden.

Mit Ernst und Nachdruck sage ich: Wir werden uns nicht nehmen lassen, wofür unsere Mütter und Väter den Kopf hingehalten haben. Wir werden den Angriff auf den Sozialstaat gemeinsam abwehren – mit dem Protest in den Betrieben, mit den Demonstrationen auf der Straße, mit den Wahlzetteln an den Urnen. Im Gegensatz zu manch anderem, was uns als Gewerkschaft bevorsteht, bin ich sicher: Hier werden wir gewinnen.

Gerechtere Gesellschaft

Für die Sozialpolitik der nächsten Jahre, ja für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt, stellt die Lage auf dem Arbeitsmarkt die größte Herausforderung dar. Nicht der Sozialstaat, sondern die Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden sozialen, psychischen und finanziellen Auswirkungen ist zu teuer und unbezahlbar.

Die IG Metall hat Vorstellungen, wir haben Konzepte. Warum also sollten wir uns verstecken, warum diese und jede andere Regierung verschonen, sich mit unserern Vorstellungen auseinanderzusetzen? Da wir unsere Verantwortung ernst nehmen, gehören zu unseren Gesprächs- und Diskussionspartnern auch der Kanzler und Bundesminister. Wer meint, darauf verzichten zu können, dem sage ich: Hochmut kommt vor dem Fall. Und es ist hochmütig und Ausdruck von Allmachtphantasien, die eigene Rolle in dieser Gesellschaft zu überschätzen.

Wir kämpfen dafür, daß der Schwache nicht länger schwach bleibt, der einzelne nicht allein, der Fremde nicht fremd und der Abhängige nicht wehrlos. Wir wollen Gleichberechtigung, wir wollen eine gerechtere Gesellschaft. Das ist unsere Vision. Das ist mein Traum, und ich hoffe, das ist auch Eurer.

Eine wahre Mammut-Aufgabe bewältigten die 770 Delegierten in Hamburg: An insgesamt fünf Tagen berieten und entschieden sie über 748 Anträge, 19 Ergänzungs- und fünf Initiativanträge. Das Ergebnis der Beratungen: An einigen Stellen wurde die Satzung der IG Metall überarbeitet, in sieben Entschlüssen bestimmten die Delegierten die Positionen und die Forderungen der Gewerkschaft für die Zukunft.



Abstimmung auf dem Gewerkschaftstag: Das Profil der IG Metall als Interessenbewegung und soziale Reformkraft herausgearbeitet

Satzung

In einigen Punkten wurde auf dem Gewerkschaftstag in Hamburg die Satzung der IG Metall geändert. Insgesamt lagen dazu 142 Anträge vor. Vor allem die Rechte von Jugendlichen und Senioren wurden gestärkt.

Weil die IG Metall nach der deutschen Einheit größer geworden ist, wurden auch Vorstand und Kontrollausschuß vergrößert. Die Zahl der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder stieg von 19 auf 25, die Zahl der Beisitzer im Kontrollausschuß von sechs auf sieben. Damit wurden die bisherigen Übergangs-Vorschriften in der Satzung festgeschrieben.

Rentner können in Zukunft wählen, ob sie von der Verwaltungsstelle an ihrem ehemaligen Arbeitsort oder an ihrem Wohnort

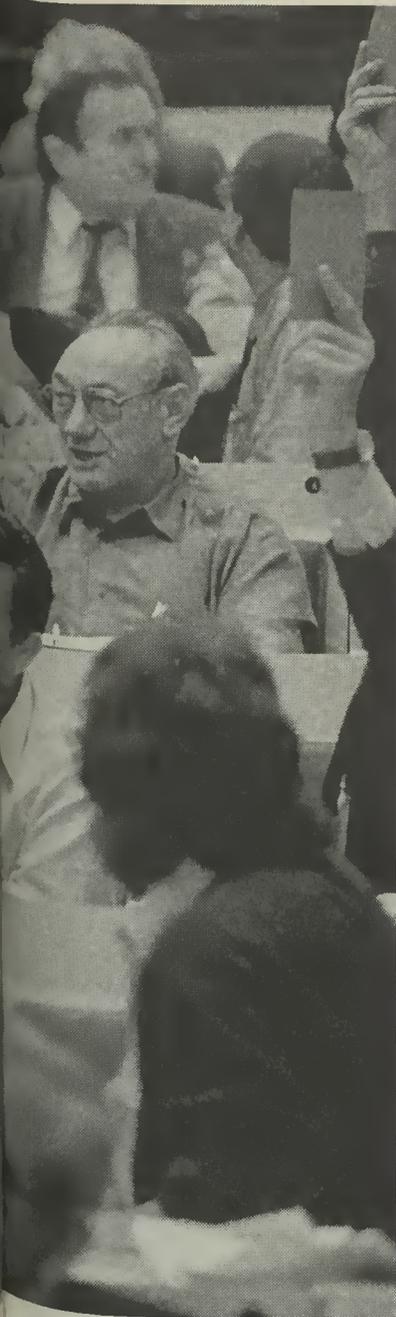
betreut werden wollen. Damit können Senioren – wenn sie wollen – in der Verwaltungsstelle am gewerkschaftlichen Leben teilnehmen, in deren Bereich sie erwerbstätig waren. Jugendliche Gewerkschaftsmitglieder können in Zukunft auch dann in die Ortsverwaltung gewählt werden, wenn sie der Gewerkschaft seit mindestens zwölf Monaten angehören; bisher war das erst nach 36monatiger Mitgliedschaft möglich.

Ausgiebig diskutierten die Delegierten, ob die Gewerkschaftstage in Zukunft alle vier – statt wie bisher alle drei – Jahre abgehalten werden sollen und die Amtsdauer der Ortsverwaltungen ebenfalls auf vier Jahre verlängert wird. Die Delegierten entschieden sich entgegen dem Vorstandsvorschlag, den bisherigen Turnus beizubehalten.

Umfassend beraten wurde die Fi-

nanzausstattung der Verwaltungsstellen. Die Delegierten folgten einem Vorschlag des Vorstandes. Danach werden kleine Verwaltungsstellen bei den Einnahmen besser gestellt, während größere in Zukunft etwas weniger erhalten.

Die beschlossene Staffellösung sieht vor, daß kleinere Verwaltungsstellen – mit bis zu 3000 Vollbeitragszahlern – 60 Prozent ihrer Beitragseinnahmen für die örtliche Arbeit erhalten. Je größer die Verwaltungsstelle ist, desto geringer ihr prozentualer Anteil. Verwaltungsstellen mit mehr als 1800 Vollbeitragszahlern erhalten 50 Prozent. Die bisherige Satzung wies den Verwaltungsstellen zwischen 38 und 23 Prozent zu. Durch die neue Regelung werden zwei von drei Verwaltungsstellen besser gestellt, eine von zehn etwas schlechter.



es für Gewerkschaften noch schwieriger, diesem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem „die soziale Dimension abzurufen“. Während so die Durchsetzungskraft eingeengt werde, wüchsen andererseits die Ansprüche der Menschen an die Gestaltungs- und Schutzaufgaben der Gewerkschaft. Deshalb „bleibt es angesichts marktradikaler Gegenbewegungen unverzichtbar, daß die IG Metall ihre Fähigkeit zum Konflikt erhält und neu begründet“.

Die IG Metall müsse daher ihr Profil „als gesellschaftliche Gestaltungsbewegung, als Interessenvertretung und Träger der sozialen Reform“ bei den Mitgliedern wie in der Öffentlichkeit noch stärker herausarbeiten. Von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestaltungskraft der IG Metall sei die „Stärkung der gewerkschaftlichen Verankerung in den Betrieben“. Auch müßten die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen „überprüft und verbessert“ werden.

Die Gewerkschaften verstanden sich schon immer „als Teil der demokratischen Reformbewegung“. Vordringlich sei jetzt die „Fortentwicklung des Grundgesetzes mit einer stärkeren Betonung sozialstaatlicher und demokratischer Elemente“. Dazu zählten die Garantie des Streikrechts und das Verbot der Aussperrung, die Rücknahme des Anti-Streikparagraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz, die verfassungsrechtliche Absicherung der paritätischen Mitbestimmung auf allen Ebenen und die Stärkung des Demokratiegedankens durch mehr direkte Beteiligung des Volkes.

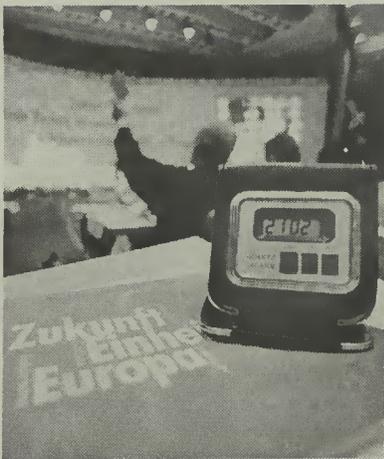
Nach einer bewegenden Debatte stellte der Gewerkschaftstag klar: „Verantwortliches Handeln als Teil dieser Welt verlangt das uneingeschränkte Recht auf Asyl und eine faire und menschliche Praxis für Flüchtlinge und Einwanderinnen und Einwanderer. Die Artikel 16 (politisches Asyl) und 19 (Garantie des Rechtsweges) müssen unangestastet bleiben.“ Durch ein Gesetz müsse die Einwanderung geregelt werden.

Leidenschaftlich verurteilten die Delegierten des Gewerkschaftstages die Gewalttaten und Gewaltparolen neofaschistischer und rechtsextremistischer Gruppen. Sie forderten, „gemeinsam mit allen demokratischen Kräften gegen jegliche Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit im Betrieb, am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft anzutreten“. Ausländische Arbeitnehmer, Asylbe-

werber und Aussiedler dürften nicht zu Sündenböcken für soziale Mißstände in der Bundesrepublik gemacht werden.

Schützend stellt sich die IG Metall vor die ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Ihre rechtliche und politische Gleichstellung sei überfällig. Sie lebten seit langen Jahren mit uns, und deshalb müßten ihnen alle bürgerlichen Rechte zuerkannt werden. Auch wurde die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit für Ausländer und Deutsche gefordert. Ein Antidiskriminierungsgesetz müsse ausländische Äußerungen und Verhaltensweisen unter Strafe stellen.

Der Gewerkschaftstag verurteilte auch „die politische Diskussion aus dem konservativen Lager, die die Stimmung in Teilen der Bevölkerung gegen die Ausländer anheizt. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Konzept für ein friedliches Zusammenleben zwischen deutschen und ausländischen Bürgern vorzulegen, bevor es zu ei-



Zeitdruck: An zwei Tagen wurde bis in die Nacht hinein diskutiert

ner noch größeren Eskalation kommt.“

Die Delegierten verabschiedeten weitere Einzelanträge, in denen ein Verbot aller Rüstungsexporte und Anstrengungen zur Rüstungskonversion gefordert werden. Gebilligt wurde auch ein Antrag, der einen flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten verlangt, um Frauen (wie Männern) eine Chance zu geben, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

2. Entwicklung der Organisation

Grundsätze und Grundstrukturen der gewerkschaftlichen Organisation haben sich bewährt. Wachsende und geänderte Anforderungen an die IG Metall verlangen aber eine Weiterentwicklung

und zusätzliche neue Formen der Arbeit. „Alle organisatorischen Stärken und Schwächen müssen unvoreingenommen diskutiert, ‚Erbhöfe‘ abgebaut und sinnvolle Handlungsalternativen geschaffen werden“, heißt es in der Entschließung des Gewerkschaftstages zur Organisationsentwicklung (E 2).

Die Entschließung benennt Entwicklungen und Erkenntnisse, die Änderungen unausweichlich machen, und schlägt Lösungsansätze und zu erprobende Formen gewerkschaftlicher Arbeit vor.

„Trotz der formal abgeschlossenen Einheit gibt es in Deutschland zwei Gesellschaften mit verschiedenen politischen, sozialen und materiellen Bedingungen. Die Chancen und Bewußtseinslagen der in ihnen lebenden Menschen sind sehr verschieden“, heißt es in der E 2. Ökologische Krisen, neue Erkenntnisse der Naturwissenschaften „wurden zur Grundlage neuer Technologien und Organisations- wie Kommunikationsstrukturen. In der Wirtschaft werden traditionelle Produktionskonzepte brüchig.“

Die Entschließung weist darauf hin, daß die Zusammensetzung der IG Metall-Mitgliedschaft den Beschäftigtenstrukturen der 50er und 60er Jahre entspricht und der Organisationsgrad in den letzten Jahren gesunken ist. „In den nächsten Jahren müssen wir mit stagnierenden, wahrscheinlich sinkenden Mitgliederzahlen, geringeren Beitragseinnahmen und ungleichen Kostenstrukturen der Verwaltungsstellen der IG Metall rechnen. Es wird für mehr Aufgaben weniger Geld und Zeit geben.“

Der Betrieb bleibt Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit, sagt die E 2. „Die IG Metall bleibt eine zentrale, demokratisch aufgebaute Organisation mit starken, dezentralen Einheiten.“ Eine veränderte Arbeitsorganisation sowie ein kooperativer und beteiligungsorientierter Führungsstil sind Voraussetzungen für Erfolg.

Die Entschließung fordert die Prüfung, welche Aufgaben mit Vorrang bearbeitet, wie die Aufgaben zwischen Verwaltungsstellen, Vorstand und Bezirken wahrgenommen werden sollen, welche Funktionen die Bildungsarbeit leisten soll. Als Möglichkeiten führt die Entschließung Projektarbeit, Arbeitskreise, erweiterte Ausschußsitzungen und themenzentrierte Angebote an. Auch das Bestehen und die Arbeitsweise von Fachabteilungen soll überprüft werden.

Zwischen Verwaltungsstellen

1. Allgemeine Gewerkschaftspolitik

„Zentrale Herausforderung“ sei es, „nach der politischen Einheit auch die soziale Einheit zu verwirklichen“, heißt es in der vom Gewerkschaftstag verabschiedeten Entschließung 1. Es existiere ein Maß an Ungleichheit in Deutschland wie noch nie seit Kriegsende. Zudem wachse sich „die ungerechte Verteilung der Kosten der sozialen Einheit zu einem Skandal aus“. Die notwendige Angleichung der Lebensverhältnisse erfordere „größere Zuwachsraten bei Produktion und Beschäftigung, bei Löhnen und Einkommen in den ostdeutschen Bundesländern.“

Durch „die zerstörerische Eigendynamik“ der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den Wegfall der Systemkonkurrenz werde

soll ein besserer Informationsaustausch ermöglicht werden. Über das Vorgehen zur Organisationsdiskussion und -entwicklung sagt die EntschlieÙung: „Es ist sinnvoll, eine Reihe von parallelen Initiativen zu fördern, die sich im Verlauf des Prozesses ergänzen.“

Zum Themenbereich der E 2 beschloÙ der Gewerkschaftstag zehn Einzelanträge, in denen es unter anderem heißt:

Frei werdende Stellen in Ortsverwaltungen, Bezirksleitungen und Vorstand sollen mehr als bisher bevorzugt mit Kolleginnen besetzt werden, bis der Anteil der Frauen auf allen Funktions- und Hierarchieebenen mindestens dem Anteil der Frauen an den Mitgliedern entspricht.

In einem Initiativantrag verlangen die Delegierten, die DGB-Jugendzeitschrift 'ran zu erhalten.

In einem weiteren Initiativantrag fordert der Gewerkschaftstag den Vorstand auf, Initiativen zu unterstützen, die Aktivitäten von Scientology, insbesondere in den Betrieben, zu verhindern. In METALL, „Der Gewerkschafter“ und in der Bildungsarbeit soll über Aktivitäten und Ziele von Scientology informiert werden.

3. Tarifpolitische Herausforderungen

Die deutsche Einigung, der Wandel in der Produktions- und Arbeitsorganisation, die ökologische Erneuerung der Volkswirtschaft, geändertes Bewußtsein in der Arbeitnehmerschaft und stärkere internationale Einflüsse stellen die IG Metall vor neue Herausforderungen. In der von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten tarifpolitischen EntschlieÙung (E3) wird benannt, wie die IG Metall diesen Herausforderungen begegnen will.

Basis gewerkschaftlicher Tarifpolitik bleibt die „engagierte Betriebspolitik“. Angesichts des gigantischen Umverteilungsbedarfs von West nach Ost und von Nord nach Süd werden Unternehmer und konservative Politik versuchen, den Lohnverzicht durchzusetzen. In diesen Verteilungskonflikten, die sich dramatisch verschärfen werden, wird die IG Metall versuchen, „solidarische Konzepte der Umverteilung“ mit einer Tarifpolitik „zur Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen zu verknüpfen“.

Die „Tarifreform 2000“ soll der Erwerbsarbeit der Zukunft einen neuen Rahmen geben. Mehrere Ziele werden dabei angestrebt:

- attraktive Arbeit,
- menschengerechte und zumutbare Arbeits- und Lebensbedingungen,
- mehr betrieblicher Gesundheits- und Umweltschutz,
- mehr Chancengleichheit für Frauen,
- mehr Demokratie im Arbeitsalltag.

Eine wichtige Bedeutung haben gemeinsame Entgeltrahmen- und Manteltarifverträge, um strukturelle Benachteiligungen zu beseitigen und qualitative Verbesserungen für die Arbeitnehmer zu sichern.

Dauer, vor allem aber Lage und Verteilung der Arbeitszeit bleiben „im Zentrum gesellschaftlicher und betrieblicher Auseinandersetzungen“. Auf jeden Fall muß die vereinbarte Arbeitszeitverkürzung zur 35-Stunden-Woche im Westen und zur 38-Stunden-Woche im Osten verwirklicht werden. Auch der Abbau von Mehrarbeit und besserer Schutz der Teilzeitbe-

schäftigten bleibt auf der Tagesordnung.

Die Delegierten betonten das Ziel, die Arbeitszeit sozial zu gestalten. Das heißt insbesondere, das freie Wochenende zu sichern, Schichtarbeit einzugrenzen, die Kampagne gegen Nacharbeit fortzusetzen und familienfreundliche Arbeitszeiten zu fördern. Dazu gehört, daß Väter und Mütter von Kindern bis zum zehnten Lebensjahr sich leichter teilweise von der Arbeit freistellen lassen können und ein zeitlich befristetes ruhendes Arbeitsverhältnis mit Rückkehrgarantie ermöglicht werden soll.

Auch international werden die Herausforderungen für die IG Metall größer. Verschärfter Wettbewerb und der EG-Binnenmarkt verlangen, die Tarifpolitik international besser zu koordinieren. Dazu gehört eine „intensivere Absprache“ mit Arbeitnehmerorganisationen auf europäischer Ebene, die Vorbereitung gemeinsamer und

gleichzeitiger Aktionen und es gilt, Voraussetzungen für gemeinsame Tarifverträge in mehreren europäischen Ländern zu schaffen.

Um überhaupt tarifpolitische Ziele durchsetzen zu können, muß das Streikrecht verteidigt und die Streikfähigkeit gesichert werden.

In der tarifpolitischen EntschlieÙung wird dazu betont, daß „der Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz in der heutigen Form beseitigt werden muß“.

Nach längerer Diskussion wurden Anträge abgelehnt, die einen besonderen tariflichen Schutz für Vertrauensleute forderten und dem IG Metall-Vorstand die Möglichkeit nehmen oder einschränken wollten, Empfehlungen für Tarifforderungen abzugeben.

4. Betriebspolitik und Mitbestimmung

Gewerkschaftliche Betriebspolitik ist „das Fundament erfolgreicher Gewerkschaftspolitik“. Dar-



Delegierter vor dem Präsidium: Neuen Herausforderungen offensiv begegnen

über waren sich die Delegierten einig, als sie die Entschließung 4 zur „Gewerkschaftlichen Betriebspolitik und Mitbestimmung“ berieten. Vor allem im Betrieb kann die IG Metall ihre Schutz- und Gestaltungsfunktion wahrnehmen, Vertrauen gewinnen, dort kann sie aktiv und lebendig sein.

Vor immensen Herausforderungen stehen die Betriebsräte und Vertrauensleute: In den neuen Bundesländern haben sie mit der Deindustrialisierung zu kämpfen, in den alten setzen sie sich mit den Risiken und Chancen neuer Unternehmensstrategien auseinander, mit Konzentrations- und Spaltungsprozessen. In kleineren Betrieben fällt es schwer, Interessenvertretungen zu installieren, Großbetriebe agieren über nationale Grenzen hinaus. Die Interessen der Beschäftigten, mit denen die Betriebsräte und Vertrauensleute gewerkschaftliche Betriebspolitik durchsetzen wollen, werden immer differenzierter.

Ihre Arbeit zielt vor allem auf sichere und geschützte Arbeits- und Ausbildungsplätze, auf sichere Einkommen und eine „aktive Einkommenspolitik“, auf umfassende Aus- und Weiterbildung, menschengerechte Arbeitsgestaltung und gesunde Arbeitsbedingungen sowie „umweltverträgliche Produktion und Produkte“ ab.

„Um die Lebens- und Arbeitsinteressen der Arbeitnehmer durchsetzen zu können“, stellten die Delegierten fest, „brauchen wir die konsequente Verwirklichung von Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in den Betrieben, in den Unternehmen und in der Gesellschaft.“

Deshalb forderten sie eine Weiterentwicklung der Betriebsverfassung. Sie wollen bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, bei der Neuorganisation der Betriebe, bei neuen Techniken, Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes, Arbeitsgestaltung und personellen Angelegenheiten mitbestimmen. „Geregelt werden muß insbesondere auch die internationale Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften in multinational operierenden Konzernen.“

Der Gewerkschaftstag betonte seine Forderung nach „gleichberechtigter und gleichgewichtiger Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf Unternehmensebene“. Nicht nur daß die Montanmitbestimmung ausgeweitet werden muß, auch die eigene Praxis soll verändert werden: volles Ausschöpfen der gesetzlichen Regelungen, und das Verzahnen aller gewerkschaftlichen und Interessenvertretungsebenen. Ihre Arbeit soll sich auch für „ökologische, regional- und strukturpolitische Handlungsfelder“ öffnen.

Dabei sollen alle mitarbeiten. Ziel- und personengruppenbezogenes Vorgehen stärkt das „demokratische Selbstverständnis, fördert die Kompetenz und vertieft gewerkschaftliches Bewußtsein“. Neben bewährten Formen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung sollen neue Arbeitsformen treten.

5. Industriepolitik und ökologischer Umbau

Der Gegensatz zwischen politischer Einheit und sozialer Spaltung muß überwunden werden. Dazu gehören eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine aktive Regionalpolitik, die die Lebensbedingungen der Bevölkerung ebenso verbessern wie die Standortbedingungen der Betriebe. Die IG Metall verlangt von der Bundesregierung



Am Delegiertentisch: Menschengerechte Arbeitsgestaltung durchsetzen

die Fortsetzung des Gemeinschaftswerkes Aufbau Ost.

In der E 5 (Gesellschaftliche Gestaltung und solidarische Finanzierung, qualitatives Wachstum, soziale Innovation, ökologischer Umbau) forderten die Delegierten, die Ersparnisse von Arbeitnehmern auf freiwilliger Basis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostdeutschlands zu mobilisieren. Darüber hinaus soll die Gewerkschaftsvorstand prüfen, wie sich neue Wege der Vermögensbeteiligung an der Wirtschaft mit der Finanzierung gesellschaftlicher Reformen in den neuen Ländern verbinden lassen.

Die Delegierten bekräftigten außerdem die IG Metall-Forderung nach einer Ergänzungsabgabe mit Einkommensgrenzen (60000/120000 Mark für Ledige/Verheiratete) und einer Investitionsabgabe nach dem Beispiel des Investitionshilfegesetzes von 1952.

Zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland gehört, die bestehenden Beschäftigungsgesellschaften zu festigen, um daraus selbständige Betriebseinheiten zu entwickeln.

Beschäftigungsgesellschaften können Arbeitsplätze nur vorübergehend sichern. Vorhandene Qua-

lifizierungsformen müßten deswegen innovative Unternehmen werden, die in der Lage sind, Gewinne zu erwirtschaften. Fördermittel aus öffentlichen Haushalten sollten die regional-politische Wirksamkeit von Beschäftigungsgesellschaften erhöhen, hieß es in einem Ergänzungsantrag, den die Delegierten verabschiedeten.

Die Technik muß in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Umweltbelastende Schadstoffe aus der Produktion und umweltschädliche Produkte dürften erst gar nicht anfallen.

Damit Naturzerstörung und Ökoschäden endlich als Kostenfaktor ins unternehmerische Kalkül einfließen, sind Abgaben notwendig, die den Energie- und Rohstoffverbrauch verteuern.

Für Umweltinvestitionen in Ostdeutschland soll ein Fonds gebildet werden, aus dem die Beseitigung von Altlasten finanziert wird. In mehreren Anträgen wurde der Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs gefordert. Darüber hinaus sollten ermäßigte „Umweltfahrkarten“ (Job-Tickets) der regionalen Verkehrsgesellschaften eingeführt werden, um den Umstieg vom Auto in Busse und Bahnen zu fördern.



Konferenz-Unterlagen eines Delegierten: In acht Tagen schaffte der Gewerkschaftstag ein gewaltiges Arbeitspensum

6. Sicherung und Ausbau des Sozialstaates

Beschlüsse sind leicht gefaßt, die praktische Umsetzung erweist sich oft als schwierige Prozedur. Das bekamen die Delegierten des Gewerkschaftstages in Hamburg an Ort und Stelle zu spüren. „Mit aller Schärfe“ hatten sie in einem Initiativantrag gegen die Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes protestiert, den der Bundestag dann genau einen Tag später mit den Stimmen der Regierungskoalition doch beschloß, einer Gesetzesänderung, die der Arbeitsmarktpolitik Milliarden summen raubt.

„Dieses Ereignis macht deutlich, daß sich der Angriff von Kapital und Kabinett auf unseren sozialen Besitzstand durch Konferenzbeschlüsse allein nicht stoppen läßt“, zog Walter Sauerwald, Sprecher

der Antragsberatungskommission, ernüchtert Bilanz. „Wir müssen massenhaft mobilisieren und Widerstand entwickeln“.

Als Sauerwald das in kämpferischer Rede vortrug, stand gerade die (sozialpolitische) Entschließung 6 zur Debatte (die auch beschlossen wurde). In ihr wird gefordert, die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik – Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung – zu verstärken (statt abzubauen).

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, so das Votum der Delegierten, muß ein zusätzliches öffentliches Beschäftigungsprogramm her. Weitere Forderungen: ein vollständiges gesetzliches Verbot gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung und schärfere Kontrollen bei illegaler Leiharbeit.

Die Arbeitsstandards für die Stammebelegschaften müssen, so eine weitere Forderung, auch für die Leiharbeiter gelten.

Beschlossen wurde ein Ergänzungsantrag, wonach Arbeitnehmer über Umweltbelastungen im Betrieb informiert und vor ihnen geschützt werden müssen. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Siegen plädiert die IG Metall für ein Arbeits- und Gesundheitsschutzprogramm für Handwerksbetriebe; weil auch in ihnen die Arbeit mit gesundheitsschädlichen Stoffen von Jahr zu Jahr zunimmt.

Generell werden im E 6 mehr Rechte für Betriebsräte im Arbeits- und Umweltschutz verlangt und Umweltausschüsse auf Betriebs- und Unternehmensebene.

Das Recht auf Wohnung soll als Grundrecht verankert werden. Darüber hinaus fordert die IG Me-

tall in der E 6 mehr Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, Erhalt von sozialgebundenem Wohnraum, eine einkommensneutrale Förderung des Eigenheimbaus und Mietpreisbegrenzung.

Beschlossen wurde auch ein Einzelantrag aus Bochum, in dem der Gesetzgeber angehalten wird, Arbeitslosengeld länger zu gewähren (für ältere Arbeitnehmer soll die Bezugsdauer auf 60 Monate angehoben werden) und das Altersübergangsgeld an die Lohn- und Gehaltsentwicklung in Westdeutschland zu koppeln.

Um überschuldete Arbeitnehmer (deren Zahl steigt) besser vor dem finanziellen Ruin zu schützen, setzt sich die IG Metall für eine jährliche Anpassung der Pfändungsfreigrenze an die Sozialhilfemehrmahlungen ein.

7. Internationale Gewerkschaftspolitik

Für die „Gestaltung einer neuen, sozialen und ökologisch tragfähigen Weltordnung, zur Lösung drängender Menschheitsfragen“ setzten sich die Delegierten bei der Beratung der Entschließung 7 „Internationale Gewerkschaftspolitik – unser Beitrag für eine gerechtere Welt“ ein.

Mit dem Ende der Ost-West-Spannung hat sich der weltweite Verteilungskonflikt verschärft. Neue Konzepte sind gefordert, die marktradikale Dogmen in ihre Schranken weisen. Die IG Metall fordert die konsequente Fortsetzung der Abrüstungspolitik, das Einrichten eines Konversionsfonds, ein ökologisches Umgestalten der Industriegesellschaften, den Aufbau einer gerechteren Weltordnung. Die Ursachen der Wanderungsbewegungen müssen bekämpft werden.

Nicht abrücken will die IG Metall vom Recht auf Asyl für politisch Verfolgte gemäß den Artikeln 16 und 19 des Grundgesetzes, flankiert durch eine „gestaltende Einwanderungspolitik“.

Die Bundesrepublik soll sich auf der Basis des Grundgesetzes „als verantwortlicher Partner in die internationalen Einrichtungen integrieren“. Sie beschlossen: „Eine Beteiligung deutscher Soldaten an Kampfverbänden der UNO geschweige Eingreif-Truppen der NATO oder WEU darf es nicht geben.“ Einsetzen muß deutsche Politik sich für „Frieden und Verständigung, Demokratie und Menschenrechte, ökologische Verantwortlichkeit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, eine menschenwürdige Einwanderungs- und Asylpolitik in Europa“.

Sie soll zur Stabilisierung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Osteuropa und zu grundlegenden politische, soziale und wirtschaftliche Reformen in den Entwicklungsländern beitragen.

Große Defizite stellten die Delegierten beim Integrationsprozeß in Europa fest. Die demokratischen Grundlagen sind unzureichend. „Die IG Metall fordert für die Europäische Union eine Verfassung, die den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie entspricht.“ Zu den sozialen Grundrechten gehört auch eine „überzeugende Mitbestimmungsregelung für europäische Aktiengesellschaften“, Richtlinien für europäische Betriebsräte, Rahmenregelungen für europäische Tarifpolitik sowie

eine Angleichung von Bildungs- und Berufsbildungssystemen.

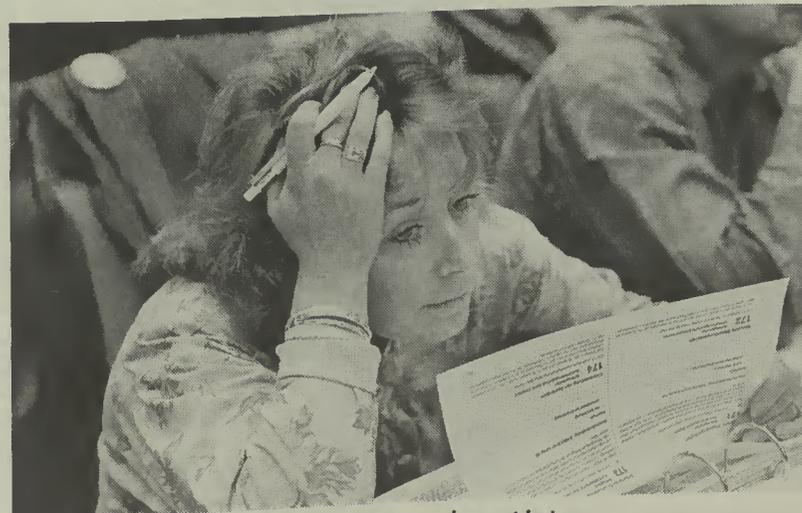
Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, will die IG Metall ihre internationale Arbeit verstärken. Sie setzt sich ein für die „Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte, Stärkung freier Gewerkschaften überall in der Welt, Abstimmung gemeinsamer Ziele und Strategien, europa- und weltweite Mitgestaltung der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, Abwehr unternehmerischer Versuche, Standorte gegeneinander auszuspielen, Durchsetzung sozialer Mindeststandards“.

Deshalb weitet die IG Metall ihr Engagement im Internationalen Metallgewerkschaftsbund und im Europäischen Metallgewerkschaftsbund aus. Sie engagiert sich in Osteuropa mit dem Ziel, starke und freie Gewerkschaften zu unterstützen. Und sie will in den Schwellen- und Entwicklungsländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas mithelfen, Gewerkschaften aufzubauen. Scharf verurteilt der Gewerkschaftstag das brutale Vorgehen gegen unabhängige Gewerkschaften in Südkorea und Thailand.

In Europa will die IG Metall mit den Unternehmen europäische Betriebsräte vereinbaren. Dafür sollen sich Betriebs- und Aufsichtsräte verstärkt einsetzen.

Durch ein gewerkschaftliches Netzwerk soll eine „schnelle dezentrale Information und Koordination unter Einsatz moderner Kommunikationstechnik“ ermöglicht werden. Voraussetzung bleibt die Stärke der Gewerkschaften in den Betrieben.

„Von entscheidender Bedeutung ist, daß starke nationale Verbände dem gewerkschaftlichen Handeln auf europäischer und internationaler Ebene Überzeugungskraft und Durchsetzungsmacht verleihen.“



Antragsberatung: Manchmal gestreßt, aber immer konzentriert

Aus dem Schlußwort von Franz Steinkühler:

Solidarität mit den Schwachen

Dieser Gewerkschaftstag habe Zeichen gesetzt und Signale der Hoffnung ausgesandt, sagte Franz Steinkühler in seinem Schlußwort. Er habe auch gezeigt, daß die Herstellung der sozialen Einheit den Einsatz der ganzen IG Metall erfordere. „Und er hat gezeigt, daß die soziale Spaltung Deutschlands die IG Metall nicht gespalten hat. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Osten wie im Westen können sich – trotz gravierender Unterschiede in den Problemlagen – mit ihren Wünschen und Hoffnungen in dieser IG Metall wiederfinden, sich mit ihr identifizieren.“

Das Ende von Großtopien und geschlossener Gesellschaftsentwürfe habe uns weder in Verzweiflung noch in Ratlosigkeit gestürzt, sagte Steinkühler. „Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, daß die deutschen Gewerkschaften sich weder von gescheiterten Hoffnungen noch von der Endstation Sehnsucht haben leiten lassen, sondern von einem realistischen Programm, dessen zentrale Aussagen Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung, gerechtere Einkommen und Humanisierung der Arbeitswelt sind.“

Dies bedeutet, daß jenseits der bestehenden Verhältnisse der in Freiheit und Würde arbeitende Mensch erscheint, dessen Solidarität die Welt umspannt und zur Heimat einer Gesellschaft der frei und gleich vereinten Menschen und Völker macht. Dies ist und bleibt die historische Aufgabe freier und demokratischer Gewerkschaften.“

Steinkühler erinnerte an die de-

mokratischen, humanistischen und sozialen Traditionen unserer Vorfahren: „Heute wie damals stehen wir gegen Arroganz und Machtanmaßung, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, für Solidarität und Freiheit. Dieser Gewerkschaftstag hat auch dazu Beschlüsse gefaßt. Sie werden die Wirklichkeit jedoch nur in dem Maße verändern, wie wir sie im Alltag zur Richtschnur unseres Handelns machen.“

Die IG Metall werde sich einer gesellschaftlichen Initiative nicht verweigern, die den wirtschaftlichen Aufbau voranbringt und von sozialer Gerechtigkeit geprägt ist – in West und Ost, sagte der Erste Vorsitzende.

„Wir werden den Weg der aktiven Tarifpolitik fortsetzen. Wir werden gemeinsam verhindern, daß die Bereitschaft zum Teilen zwischen West und Ost zur Umverteilung von unten nach oben mißbraucht wird. Wir werden mit unseren Mitteln in den Betrieben und Unternehmen dazu beitragen, daß Produktionskonzepte und Arbeitsorganisation sozial modernisiert werden. Der Mensch ist es, der Mittelpunkt der Produktion sein muß.“

Die IG Metall wolle ihre Organisation weiterentwickeln und erneuern. Bewärtet müsse erhalten bleiben, Schwächen müßten überwunden werden, sagte Steinkühler. „Wir wollen Solidarität mit den Schwachen, wir wollen Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern praktizieren. Wir dürfen der Gewalt keine Chance lassen. Soziale Gerechtigkeit und Toleranz brauchen Zivilcourage. Wir werden nicht wegsehen, wir werden nicht schweigen. Wir werden die Rechte der Menschen im Alltag vertreten und verteidigen.“

Dieser Gewerkschaftstag habe gezeigt, daß diese Organisation mit Zuversicht und Selbstvertrauen die vor uns liegenden Aufgaben in Ost und West angehen könne, betonte Steinkühler.

„Die IG Metall bleibt die Hoffnung der Schwachen, sie bleibt ein Anwalt der Menschenrechte und der Menschenwürde, sie bleibt eine gesellschaftliche Reformbewegung. Wir streiten weiter für eine solidarische Zukunft.“